

Der

Ausgabe 3
Winter 2001

Störenfried

- unabhängig und unerbittlich - Spendenpreis 1,50

DIESE STADT
IST NICHT
RASSISTISCH!



Aus dem Inhalt:

Rechtsradikalismus an der Uni?

Thema: Drogenpolitik und Freiheit

„Volksfeind“-Inszenierung in der Kammer

Diskussion: Gedanken zur Magdeburger Szene

Mutig: Willis neue Imagekampagne in Stadtfeld!

Inhalt

3 Zu diesem Heft

4 Ab heute wird zurückgesprayt!

Die alten Leiden des Willi P.

5 Staatlicher Rassismus?

Gedanken zum staatlichen Umgang mit Rassismus

7 Gegen Weltbank und IWF

Global Action Day in Magdeburg

8 Totgesagt und doch nie gestorben

Gedanken zur Magdeburger Szene

10 Sturm im Wasserglas

Imagepflege an der Uni

12 Die Freiheit, die sie nicht meinen

oder: Was zu Drogen noch zu sagen ist

16 Widerstand ist tanzbar!

Die Schnitter in Magdeburg

18 Von Wahrheitsliebe und Demagogie

Die „Volksfeind“-Inszenierung in der Kammer

21 Politik bizarr

24 Utopie wagen!

Gegenbilder zur Expo - Buchvorstellung

26 Zeitungsschau

28 Über den Tellerrand geschaut

Sommerlager der Aktion Sühnezeichen in Sankt-Petersburg

30 Demoaufruf zum 10.2.

34 Börsenfieber

Ein modernes Märchen

36 Termine

Zu diesem Heft

Ihr haltet nun die dritte Ausgabe des Störenfried in den Händen. Euch erwarten - wie immer - sorgfältig recherchierte Artikel mit Hintergrundinfos aus aller Welt - nicht zuletzt aber aus Magdeburg. Dabei ist uns diesmal ein besonderes journalistisches Schmankehl gelungen - ein Exklusivbericht über die neuen Methoden des uns hoffentlich noch lange erhalten bleibenden OBs bei der Vorbereitung der Wahlkampagne 2001 (Leider haben wir kurz vor Redaktionsschluß die schmerzvolle Nachricht erhalten, daß er sich fortan nicht mehr um Politik, sondern nur noch um die Liebe kümmern will - ein Verlust für Magdeburg, dessen umfassende Bedeutung uns wohl erst zu spät bewußt werden wird.) Uns war es vergönnt, Herrn P. auf frischer Tat zu ertappen - beim Wände beschm - äh, verzieren in Stadtfeld. Näheres dazu auf Seite 4.

Weiterhin haben wir einen Hintergrundartikel zum Thema Drogen von den JungdemokratInnen/JL erhalten, es gibt einen Reisebericht vom Sommercamp in der Aktion Sühnezeichen in St. Petersburg und natürlich diverse Berichte über Aktionen, die hierzulande im letzten Quartal gelaufen sind.

Außerdem taten uns wunschgemäß wieder PolitikerInnen aller Schattierungen den Gefallen, Vorlagen für unsere Rubrik „Politik bizarr“ zu liefern.

Neu in dieser Ausgabe haben wir diesmal Berichte zu zwei kulturellen Höhepunkten in der gewiß nicht als Kulturhauptstadt fungierenden Metropole MD - die „Volksfeind“-Inszenierung in der Kammer und das Konzert der Schnitter im Campus-theater.

Die ursprünglich angedachte Veröffent-

lichung der Naziübergriße des letzten Quartales haben wir uns diesmal dann doch erspart - Infos dazu gibt's im Blaue Welt Archiv oder beim AKA.

Zudem wollen wir mit dem Beitrag „Totgesagt und doch nie gestorben“, der uns von „einigen Autonomen“ aus MD erreichte, die Diskussion über die Zukunft der radikalen Linken in dieser Stadt eröffnen. Schreibt uns Eure Meinung dazu, berichtet, wie es weiter voran gehen könnte oder wo es noch klemmt. Wenn wir verhindern wollen, daß das Jahr 2000 nur als eine Art Strohfeuer der linken Szene in die (Lokal-)Geschichte eingeht, sollten wir gemeinsam versuchen, daß das Erreichte die Ausgangsbasis für endlich wieder mal offensive Aktionen in MD wird. Immer nur Antifa-Aktionen sind auf die Dauer ermüdend, auch wenn uns das Naziproblem auch im neuen Jahrtausend mit Sicherheit weiterhin beschäftigen wird.

Und noch was Neues gibt's zu vermelden: Das Blaue Welt Archiv eröffnet nun auch offiziell seine Pforten. Am 16.2. wird Einweihung gefeiert. Zudem gibt es dort bereits am 25.1. eine Veranstaltung zum Thema „Rechtsradikalismus in Osteuropa“ (gemeinsam mit AG JG und AZ) und am 2. März in Zusammenarbeit mit der FAU Magdeburg eine Erich-Mühsam-Abend.

Ansonsten bleibt uns nur noch, wie gehabt darauf hinzuweisen, daß ihr immer Texte & Termine zur Veröffentlichung im Störenfried einsenden bzw. Euch auch an der Redaktion beteiligen könnt. Kontaktadressen findet ihr auf der letzten Seite.

Frohes Schaffen wünschen

Die Störenfriede

Die alten Leiden des Willi P.:

Ab heute wird zurückgesprayt!

Es konnte einfach nicht mehr so weiter gehen. Trotz massiven Einsatzes der Sondereinsatzgruppe Graffiti im leidgeprüften Magdeburger Stadtteil Stadtfeld gelang es bis heute nicht, dem Unwesen der jugendlich-verblendeten Schmierfinken Einhalt zu gebieten.

Jetzt aber hat Willi P. endgültig die Nase voll. Da weder seine Klagen gegenüber der „Volksstimme“ über die verleumderischen Parolen an Stadtfelds Häuserwänden erhört wurden noch seine uniformierten bzw. Zivil-Bediensteten in der Lage sind, einem der dringendsten Probleme in dieser Stadt Herr zu werden, dreht der mit dem

Titel „Oberbürgermeister auf Lebenszeit“ liebäugelnde nun kurz vor den Wahlen den Spiess um. Er nimmt ab sofort die Sache - bzw. die Spraydose - selbst in

die Hand und korrigiert die bolschewistischen Hetzparolen höchstpersönlich (siehe Titelbild dieser Ausgabe). Nachdem er erst kürzlich seinen populären Namen für ein Konzert gegen Rechts zur Verfügung gestellt hatte, ist das nun schon der zweite Anfall von Zivilcourage unseres obersten Imagewächters innerhalb nur weniger Tage!

Unterstützung erhält er dabei von seinem Kollegen Püchel, der Versuche seitens der PDS, das Ansehen der Stadt durch die bei den Stalinisten beliebten Methoden der Fälschung von Statistiken zu schädigen, entschieden Einhalt gebietet. So wies er alle Versuche, die Ermordung des Punkers Frank Böttcher als rechtsextremistische Straftat einzuordnen, konsequent zurück.

Schließlich war der kahlköpfige Täter zur Tatzeit betrunken und konnte gar keinen klaren - geschweige denn rechtsextremistischen - Gedanken fassen.

Nicht zuletzt solche Hetzkampagnen sind schuld daran, daß amerikanische Journalisten oder gar Investoren einen falschen Eindruck von unserer im Grunde geradezu vorbildlich friedlichen Stadt bekommen. Das meint auch der CDU-Stadtverordnete Gerhard Ruden, der folgerichtig Aufkleber für die Aktion „Noteingang“ in Magdeburg ablehnte, da diese den falschen Anschein vermitteln würden, daß Magdeburg eine Hochburg der Gewalt sei, in der solche

Noteingänge notwendig wären.

Die Volksstimme hat das inzwischen auch geschnallt, und „Gäste aus 22 Ländern in der Landeshauptstadt“ über

ihre Impressionen von der Stadt befragt. Nahezu einhellig beschieden diese der Stadt einen „herrlichen weihnachtlichen Duft“, einen „toll restaurierten Bahnhof“ und schließlich gar „Westniveau“. Zusammenfassend wurde Wilhelm Haberzettel aus dem fernen, exotischen Österreich zitiert: „Magdeburg ist eine Stadt, in der wir uns gerne aufhalten.“ Wenn das nun auch noch die Wirtschaftsasylanten und sonstigen Asylbetrüger begreifen würden, daß sie hierher nur zu Kongressen (wie alle von der Volksstimme Befragten) oder als spendierwillige Investoren zu kommen haben, hätte Magdeburg weit weniger Probleme mit seinem Ruf!

„Ich sage immer: Image ist die halbe Miete. Dafür sollte jeder Magdeburger etwas tun.“
Herr Polte im Volksstimme-Interview vom 30.12.00

Staatlicher Rassismus?

Über die Wirksamkeit der an Stadtfelds Häuserwände gesprühten Meinungsäußerungen zum staatlichen Rassismus, die Poltes Empörung hervorriefen, kann man durchaus geteilter Meinung sein. Einen Wahrheitsgehalt muss man ihnen jedoch zugestehen. Zwar bekommt der/die Normalbürgerin meist wenig mit bzw. will das auch gar nicht, da zumeist rassistische Stimmungen in der Bevölkerung mindestens genauso weit verbreitet sind, wie unter Politikerinnen und sonstigen Staatsdienern.

Wenn man sich allerdings die Realität „unserer ausländischen Mitbürger“ anschaut, findet man nur zu oft Anhaltspunkte für staatlich geförderten Rassismus. Das fängt bei der Stimmungsmache gegen „Wirtschaftsasylanten“ und „russische Mafia“ in den Parlamenten an, die sich durch alle Parteien zieht und die den Nährboden für rechtsradikale Bauernfänger bildet. Auch in der PDS wird neuerdings zwischen nützlichen und weniger nützlichen AusländerInnen unterschieden. So will die PDS-Vizechefin Petra Pau nur denjenigen AusländerInnen unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis in Deutschland gewähren, deren „Lebensunterhalt gesichert ist“ und damit ihrer - Umfragen zufolge - in nicht unbedeutendem Maße ausländerfeindlichen Wählerschaft gerecht zu werden.

Zudem wird oft mit frisierten Statistiken argumentiert, nach denen die ausländische Bevölkerung in Deutschland eine weit höhere Kriminalitätsrate aufweist, als die inländische. Berücksichtigt wird dabei eben nicht, daß allein der Anteil der Verstößen gegen das Ausländerrecht (also meist Überschreitung des Aufenthaltsbereiches), gegen das ein Deutscher

gar nicht verstoßen kann, rund ein Drittel aller Straftaten ausmacht. Bezieht man zudem das Durchschnittsalter (der weit überwiegende Teil der Straftaten wird von Menschen bis 30 Jahren verübt), die soziale Lage und die größere Aufmerksamkeit der Polizei gegenüber AusländerInnen mit ein, ergibt sich eine Kriminalitätsrate, die von der deutschen kaum abweicht.

Wenn sich Politiker wegen wachsender Ausländerfeindlichkeit äußern, dann geschieht das i.d.R. lediglich aus Sorge um den „Standort“, sei es Deutschland, die Region oder eben Magdeburg. Gefragt sind nur die sogenannten „nützlichen Ausländer“, nämlich denjenigen, die das Steuersäckel füllen helfen - entweder weil sie hier investieren wollen oder sie aber Qualifizierungen besitzen, für die auf dem Arbeitsmarkt ein Engpaß besteht.

Ebenso kann man das Verhalten der Polizei Ausländern gegenüber oftmals nur als rassistisch bezeichnen. Da gelten



Personen mit ausländischem Aussehen von vornherein als verdächtig und werden weit öfter kontrolliert, als Deutsche und bei Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Nichtdeutschen haben letztere von vornherein schlechtere Karten (siehe bspw. das Verhalten der Polizei beim Himmelfahrtspogrom in Magdeburg). Auch wurden in der Vergangenheit immer wieder Fälle bekannt, bei denen ausländische Tatverdächtige durch die Polizei geschlagen und gedemütigt wurden.

Ob ein solches Verhalten von Polizisten eher die Ausnahme oder aber die Regel ist, bzw. ob der Staat oder die persönliche Einstellung der einzelnen Beamten dafür verantwortlich ist, darüber kann man sicher auch wieder streiten. Das kann man jedoch nicht mehr, wenn man verschiedene staatliche Gesetze u.a. Bestimmungen betrachtet, wie z.B. das Asylrecht und das Grenzregime insgesamt, die vor nicht allzu langer Zeit legalisierten „verdachtsunabhängigen Kontrollen“ im grenznahen Raum, das Verbot für Taxifahrer, im Grenzgebiet Menschen mitzunehmen, die sich nicht mit legalen Papieren ausweisen können oder die Abschiebung von Folteropfern in die Staaten ihrer Peiniger. So haben in Abschiebehäft seit 1993 insgesamt 79 Menschen Selbstmord verübt, die Zahl der an den Grenzen bei der illegalen Einreise nach Deutschland seit 1993 zu Tode gekommenen beläuft sich auf etwa 100 Menschen. Somit übertrifft die Anzahl die durch die (Mit-)Schuld des deutschen Staates umgekommen AusländerInnen sogar die der Opfer des Straßenmobs.

Ich denke, das dürfte doch zumindest ausreichen, jeden vernunftbegabten Menschen, auch einen Herrn Polte, zum Nachdenken über den Zusammenhang von Staat und Rassismus anzuregen...

Leserpost

Mangels eigener Leserbriefe hat sich die Redaktion nun entschlossen, auf selbige in der Volksstimme zu antworten. Was aber nicht heissen soll, dass nun kein Interesse mehr an Reaktionen auf Artikel im Störenfried bestehen würde...

In der Ausgabe vom 25.11. beschwert sich Johannes Stroth aus MD über die „unerträgliche“ Art und Weise, mit der die Stadt auf das Thema Neonazis reagiert und verlangt von den Stadtverordneten einen Aufruf zu „einer kraftvollen Kundgebung gegen Rechts“.

Sicher, Herr Stroth, ist die Einschätzung richtig, dass die Reaktionen der städtischen Politiker in Magdeburg unerträglich sind, jedoch ist das völlig normal. Schließlich sind sie ja Politiker, denen ihre Wiederwahl am Herzen liegt. Und dazu brauchen sie vor allem wirtschaftlich Erfolge, auf die sie im nächsten Wahlkampf verweisen können. Dabei macht sich eben ein fremdenfeindlicher Ruf der Stadt schlecht, da dadurch Investoren verschreckt werden könnten. Und ein solcher Ruf entsteht eben auch durch öffentlichkeitswirksame Demonstrationen gegen Rechts, da - wie uns z.B. Herr Ruden von der CDU beweist (siehe vorangegangenen Artikel) - dadurch ja erst der Anschein erweckt würde, diese Stadt hätte ein Problem mit Fremdenfeindlichkeit.

Wenn Sie also ernsthaft ein Zeichen gegen rechts setzen wollen, dann kommen Sie doch mit den „Frauen und Männern, die auf ein Signal warten“ einfach zu einer der nicht allzu seltenen Antifa-Demonstrationen oder nehmen Kontakt mit den Menschen in MD auf, deren fast tägliches Brot es ist, Widerstand gegen rechten Terror zu organisieren. Kontaktadressen finden Sie auf der letzten Seite.

Gegen Weltbank und IWF

Global Action Day in Magdeburg

Am 26. September 2000 demonstrierten auch in Magdeburg rund 200 Menschen gegen die Politik von IWF und Weltbank. Mit einem Zug durch die Innenstadt gaben sie ihrem Protest gegen die selbstherrliche Politik der Mächtigen dieser Welt Ausdruck. Sie schlossen sich damit den internationalen Protesten gegen den IWF-Gipfel in Prag an.

Auch wenn die Botschaft von vielen Umstehenden wahrscheinlich nicht so recht verstanden wurde (die Öffentlichkeitsarbeit ließ da wohl noch zu wünschen übrig), ist es doch ein gutes Zeichen, daß hier in Magdeburg mal nicht wegen eines Naziaufmarsches demonstriert wurde, sondern die Politik der Herrschenden generell thematisiert wurde.

Spätestens seit den spektakulären Protesten in Seattle im vergangenen Jahr ist es zur Tradition geworden, anlässlich der Gipfeltreffen der Herrschaftsinstitutionen der vornehmlich

westlichen Industriestaaten nicht nur am Konferenzort zu protestieren, sondern auch in möglichst vielen überall auf dem Globus symbolische Aktionen gegen die neoliberale Politik durchzuführen.

Der nächste Global Action Day findet übrigens am 27.1. 2001 statt. Zu diesem Zeitpunkt tagt in Davos (Schweiz) das sogenannte Weltwirtschaftsforum (WEF). Wie schon beim letzten Treffen der „globalen Führer“ soll auch diesmal versucht werden, durch Blockaden der Zufahrtswege das Treffen zu behindern. Die geplante Demo wurde bereits verboten, wogegen die Schweizer Anti-WTO-Koordination allerdings Berufung eingelegt hat. Ausserdem wurde bekräftigt, daß die Demo in jedem Falle stattfinden wird, denn Widerstand läßt sich nicht verbieten!



Totgesagt und doch nie gestorben

Nachdem die Staatsschutzabteilung, der VS und Konsorten wahrscheinlich schon mit der radikalen linken in Magdeburg abgeschlossen hatte (siehe Verfassungsschutzbericht 99), haben wir dieses Jahr durchaus bewiesen, dass es uns noch gibt und wir noch handlungsfähig sind. Klar sind wir (noch) wenige, aber das wird schon noch.

Das Jahr hat zwar ziemlich beschissen angefangen, als wir im Januar auf einer Kranzniederlegung der Nazis auf dem Westfriedhof mit 25 Leuten auf ca. 100 Faschisten trafen, aber im Laufe der folgenden Monate haben sich unsere Aktivitäten verstärkt und dabei sind ganz nette Sachen gelaufen.

Ein kleiner Rückblick...

Im letzten Jahr ist doch so einiges gelaufen. Ich denke da an die Kundgebung und Demo zum Gedenken an Frank B. am 12.02.00, an der sich ca. 100 Leute beteiligten, an die (versuchte) Blockade von Bussen auf dem Weg zu einer DVU-Veranstaltung im Februar oder die Demo gegen Luxussanierung, Spekulantentum und Sozialabbau am 11.03. mit ca. 120 Menschen. Anfang Mai demonstrieren 120-130 Menschen zum 8.Todestag von "Lampe", am 17.06. brachten ca. 400 Menschen ihren Protest gegen den NPD-Aufmarsch zum Ausdruck, wobei die Route der Nazis in der Nacht zuvor nahezu komplett mit Antifa-Plakaten zugekleistert wurde. Am Tag des Aufmarsches schoß eine "Autonome Zelle Frank Böttcher" Leuchtspergeschosse

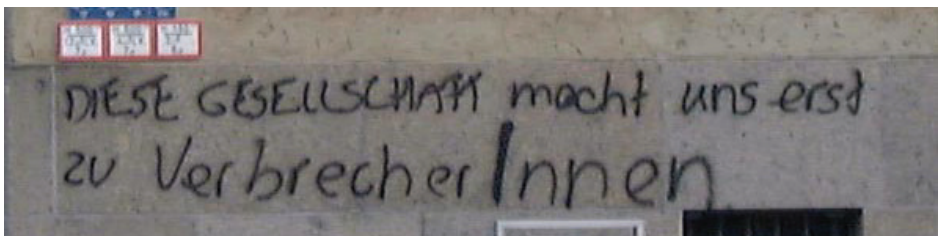
in den Aufmarsch der Nazis. Am "Herrentag" gab es Auseinandersetzungen mit Faschohools, die mit Verletzten auf beiden Seiten endeten. Am "Global-Action-Day" beteiligten sich diesmal auch Leute in Magdeburg, die Demo am 26.9. brachte rund 150 Leute auf die Straße. Außerdem fand ein Fussballturnier "kicken gegen iwf und weltbank" am 27.10. in der Goetheanlage statt. Schließlich gab es eine Kundgebung mit anschließender Mahnwache und weitere Aktionen gegen die Abschiebung eines nigerianischen Oppositionellen am 19. und 20.Oktober.

Weiterhin ist mit dem "Störenfried" seit diesem Jahr eine neue Zeitschrift am Start, und auch die schon etwas länger erscheinene Zeitung "der Sündenbock" hat es endlich geschafft, einigermaßen regelmäßig zu erscheinen. Außerdem feiert das "Blaue-Welt-Archiv" demnächst seine Wiedereröffnung.

Die Chronik ist natürlich unvollständig und es war (ist) noch weitaus mehr los. Es ist spürbar, dass es (wieder) mehr aktive Gruppen und Menschen gibt (Konzis und Partys, Flugaktionen, Infoveranstaltungen, Vokus...) und auch direkte Aktionen scheinen zuzunehmen.

Wie weiter?

Um zum Thema zu kommen: Es stellt sich uns die Frage, wie wir das erreichte Niveau sichern und erweitern können. Die Antworten, die wir uns darauf überlegt haben, sind so alt wie einfach. Doch wir halten sie für richtig und wirkungsvoll. Leute die Widerstand leisten wollen, sollten sich organisieren,



sprich Gruppen mit FreundInnen gründen, oder aktiven Gruppen beitreten! (Am Ende der Zeitung findet ihr eine Auflistung der Gruppen und wie

ihr sie erreicht.) Wenn ihr keinen Bock auf feste Strukturen habt, achtet auf Ankündigungen und unterstützt Aktionen!

Die aktiven Gruppen müssen transparenter arbeiten (schreibt doch mal über eure Vorstellungen und Aktivitäten) und sich interessierten Menschen (ausgenommen natürlich Bullen und Justiz) öffnen. Unterschiede zwischen den Gruppen sind völlig natürlich und machen die politische Landschaft erst richtig bunt. Jedoch nervt es ziemlich, dass diese Unterschiede immer wieder zu Spaltereien führen. Sie sollten sich viel mehr ergänzen und in konstruktiver Diskussion selbstkritisch zueinander stehen. Schließlich befinden wir uns doch alle auf der selben Seite der Barrikade. So sollten wir versuchen, mehr zusammen zu arbeiten, denn das könnte unsere Wirksamkeit wesentlich erhöhen. Nur gemeinsam sind wir stark!!!

Kulturarbeit und Selbstschutz

Andere Punkte, die uns auf den Nägeln brennen, sind Selbstschutz und "Kulturarbeit". Zu beiden gab es schon prima Ansätze, aber leider wurde in diesen Bereichen unserer Meinung nach zu wenig getan. Die Reggae-partys, die Konzis im Winterhafen und im Knast oder die Vorträge und Veranstaltungen waren (sind) Beispiele für Ansätze zu einer "Gegenkultur" zur herrschenden "Ellenbogen-Kohlekultur". Sicherlich gibt es einiges an den Veranstaltungen zu kritisieren, z.B. der Umgang untereinander, aber es sind erfolversprechende Versuche, die ausgebaut werden sollten. Wenn wir regelmäßig Absprachen halten würden, wäre es unserer



Meinung nach möglich, eine konstante Widerstandskultur aufzubauen. Nur durch Kontinuität und Zuverlässigkeit können wir Anziehungskraft nach aussen gewinnen.

Zum Selbstschutz ist zu sagen, dass wir auch dazu ganz nette Ansätze beobachtet haben, z.B. die Plakate "Organisiert den antifaschistischen Selbstschutz" in Stadtfeld. Auch das kann nur ein ausbaufähiger Ansatz sein. So könnte mensch solche Plakataktionen auch regelmäßig bringen oder/und diese durch Flug- und Sprühaktionen erweitern.

Auch ist uns nichts von einer funktionsfähigen Telefonkette bekannt, um auf Faschoübergreife rechtzeitig reagieren bzw. diese verhindern zu können. Klappt zwar manchmal ganz gut (z.B. am Herrentag), aber eben nur manchmal. Auch könnten wir Spaziergänge organisieren, unseren Kiez weiterhin nazifrei halten und versuchen, den Faschisten überall die "Strasse" (z.B. öffentliche Verkehrsmittel, Innenstadt usw.) zu nehmen. Ein weiterer Vorschlag wäre, die Faschos gezielt zu verunsichern und einzuschüchtern (dazu hatte der "Sündenbock" schon ganz gute Ideen). Naja, das soll es erstmal gewesen sein.

Wir wissen, dass sich unser Text ziemlich klugscheisserisch liest, alles alter Brei und so. Ausserdem erweckt er den Eindruck, alles wäre ganz einfach, was es mit Sicherheit nicht ist. Doch wir glauben, dass die radikale Linke in Magdeburg den Tiefpunkt überwunden hat und finden, wir sollten das erreichte Niveau halten und ausbauen. Auf dass dies bloss der Anfang ist!

Einige Autonome aus MD

Sturm im Wasserglas

Imagepflege an der Uni

Zur Zeit ist der Rechtsextremismus das Modethema in der deutschen Medienlandschaft. Um da nicht abseits zu stehen, veranstaltete die Volksstimme in Zusammenarbeit mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg eine Podiumsdiskussion zum Thema

ebenfalls Probleme. Die Volksstimme, sonst eher für relativierende Berichterstattung bekannt (die Zugehörigkeit zur konservativen Bauer-Verlagsgruppe mindert die journalistische Qualität der Zeitung stetig), veröffentlichte einen Artikel, der suggerierte, die Uni

Lebhafte Debatte auf Uni-Forum der Volksstimme zum Thema Ausländerfeindlichkeit

Auf dem Campus ist die Welt längst nicht mehr in Ordnung

Magdeburg sei eine heimliche braune Hochburg.

Die geballte Wut der Betroffenen

richtete sich allerdings nicht

„Ausländerfeindlichkeit – Das Ende der weltoffenen Uni?“.

Im Vorfeld hatte der dort ebenfalls eingeladene Rektor der Uni, Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann, geäußert, dass auf dem Campus die Welt noch in Ordnung sei. Speziell gegen diese Form der Verharmlosung wandten sich zwei Studierende der Universität in einem Infoblatt, das sie vor der Veranstaltung an alle Teilnehmer der Veranstaltung verteilten.

Während der Veranstaltung selber gaben die Studierenden, Mitglieder des Studentenrates der Uni Magdeburg, weitere Erläuterungen zur Thematik ab. Äußerungen ausländischer Studierender, eines Vertreters des StuRas der FH Magdeburg Stendal und von Professoren des Instituts für Politikwissenschaft sahen

gegen die verantwortlichen Redakteure, sondern, wie könnte es anders sein, gegen die Verfasser des Infoblattes. Diese hatten in der Tat an einer Stelle eine unglückliche Formulierung benutzt. In der Folge wurden juristische Konsequenzen angedroht und es entwickelte sich eine wahre Schlammschlacht mit Gegendarstellungen, Rücktrittsforderungen, Institutsversammlungen bis hin zu direkten Drohungen.

Dadurch wurde das eigentliche Anliegen, eine sachliche Auseinandersetzung mit bestehenden Problemen zu beginnen, vollkommen verdrängt. Zwar kam als Folge ein intensiver Diskussionsprozess in Gang, dieser jedoch fand überwiegend im Verborgenen statt. Denn nach außen hin hatte Pollman längst erreicht, die ganze Angelegenheit so darzustellen, als

Nach Wehrmachts-Vorwürfen gegen Studenten und Dozenten

2.11.00

Uni-Rektor Pollmann: „Keinen einzigen Beleg für diese wahrheitswidrige Behauptung“

Von Ulf Lüdeke

Selbst Sachsen-Anhalts Kultus-
Harms (Grüne)

zurückzunehmen, am Institut auszugehen
mehrere sich die Zahl rechter
lediger Studierende

ob die Uni durch maßlose Übertreibung ungerechtfertigt in den Ruf eines braunen Rattennestes geraten sei.

Was aber ist nun eigentlich dran an dem Vorwurf, es gebe rechte Tendenzen an der Uni? Es gibt einige Studierende, die sich offen durch szenetypische Kleidung als rechts zu erkennen geben, jedoch sind sie in der absoluten Minderheit. Weitaus größer ist die Gruppe der Studierenden, die sehr geschickt platte Parolen vermeiden, aber revisionistische Literatur verwenden, die Wehrmacht glorifizieren, streng autoritäre Strukturen befürworten und sozialdarwinistische Thesen vertreten.

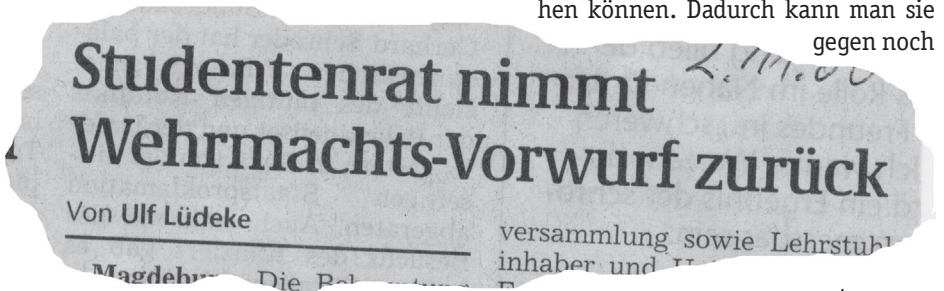
Sie kleiden ihre kruden Ideen in rechtskonservative Argumentationsmuster, die oft logisch und überzeugend klingen, so dass politisch unbedarfte Studierende und Dozenten die Brisanz solcher Äußerungen gar nicht erst erkennen. So sickert rechtes Gedankengut in Diskussionen, Referate

und Skins reduziert, allenfalls wird dann und wann noch auf die "neue Rechte" verwiesen. Eigene Fremdenangst, heimliche Faszination für das Militärische und die Sehnsucht nach Sicherheit in autoritären Strukturen werden ausgeblendet und auf sich offen als rechts zu erkennen gebende Personen projiziert.

Daher rühren wohl auch die heftigen Reaktionen - getroffene Hunde bellen. Menschen, denen man plötzlich den Spiegel vorhält und ihnen ihre verdrängten Widersprüche präsentiert, reagieren in der Regel besonders emotional. Was also tun, um solche Dinge aufzuarbeiten, damit der rechte Konsens in den Köpfen aufgearbeitet und, wenn möglich, durch Vernunft ersetzt werden kann?

Es nützt wohl nichts, diesen Leuten ihre unbewußten Ängste und Verklemmungen vorzuwerfen, sondern ihnen Strategien zu zeigen, wie sie damit besser umgehen können. Dadurch kann man sie

gegen noch



u.ä. ein und gewinnt in den Köpfen mancher Studierender Dominanz. Daher auch die Empörung über den Rechts-extremismusvorwurf, denn viele derer, die unbewußt rechtskonservative und neoliberale Denkmuster übernehmen, halten sich für waschechte Demokraten und halten Stiefelnazis für Kriminelle.

Genau hier beginnt das eigentliche Problem, denn Rechtsextremismus wird in der öffentlichen Diskussion und somit auch an der Hochschule auf militante Neonazis

extremere Argumente immunisieren und deshalb ist es notwendig, das Thema weiterhin öffentlich anzusprechen. Die vernagelten Köpfe in der Wolle gefärbter Neonazis, Revisionisten und Nationalisten kann man so zwar nicht erreichen, aber zumindest alle die, die aufgrund mangelnden Wissens jeden Blödsinn nachplappern und gar nicht bemerken, das man sie langsam in Richtung neue Mitte, dann Konservativ und schließlich Rechts lockt.

Die Freiheit, die sie nicht meinen

oder: Was zu Drogen noch zu sagen ist

Eigenverantwortung ist eins der meistgenutzten Schlagwörter, wenn es darum geht, gesellschaftliche Probleme wie Massenarbeitslosigkeit und soziale Ungerechtigkeit auf des Individuum abzuschieben. Wenn eine noch junge Frau am Ende ihres Berufslebens noch Geld zur Verfügung haben will, muß sie mittlerweile schon am Anfang eine private Altersvorsorge treffen. Und Menschen, die zu regelmäßigen Gästen auf dem Arbeits- oder Sozialamt werden, haben - so wird ihnen erklärt - im Selbstmanagement versagt. Staat und Wirtschaft fordern Eigenverantwortlichkeit. Und auch aus den Splittergruppen der Gesellschaft, die sich unter der Bezeichnung „links“ versammeln, hallt der Ruf nach Emanzipation und der oft fehlinterpretierten Freiheit des Individuums. Fordert mensch aber nun im gleichen Zusammenhang die Freigabe aller Drogen, verhallt der Ruf nach Selbstbestimmtheit zu oft.

Selbstbestimmung heißt auch „Recht auf Rausch“

„Zu den grundlegenden Sektoren menschlicher Selbstbestimmung gehört die eigenverantwortliche Entscheidung darüber, welche Nahrungs-, Genuß-, und Rauschmittel der Bürger zu sich nimmt. Die Geschichte der Drogen belegt, daß die Menschen, obwohl der Konsum auch erhebliche Probleme herbei führte, auf den Gebrauch nicht verzichten konnten oder wollten. Der Rauch gehört wie Essen, Trinken und Sex zu den fundamentalen Bedürfnissen des Menschen“, stellt das Lübecker Landgericht im März 1992 fest und forderte das Bundesverfassungsgericht

auf, die Verfassungsmäßigkeit des Cannabisverbotes zu prüfen. Es legte dar, daß das Verbot von Cannabis bei gleichzeitigem Nicht-Verbot von Alkohol und Tabak gegen Artikel 3 des Grundgesetzes (Grundsatz der Gleichbehandlung) verstoße und des weiteren der Artikel 2 Abs. 1 GG (freie Entfaltung der Persönlichkeit inkl. Recht auf Selbstschädigung) verletzt sei, denn - so das Gericht - jede habe ein „RECHT AUF RAUSCH.“

Drogentote sind Drogenverbotstote

Da wohl kaum jemand bestreiten wird, daß es unmöglich ist, eine Gesellschaft ohne Drogen zu schaffen, stellt sich nun mehr nur noch die Frage, wie eine Gesellschaft mit Drogen umgeht. Darf sie überhaupt Mitspracherecht haben, wenn ein Individuum der Meinung ist, seinen körperlichen oder geistigen Zustand zu verändern? Da sich die BRD an die „Single Convention on Narcotic Drugs“ von 1961 hält, sind hier Stoffe wie Amphetamine, Cannabis, Kokain, Halluzinogene, MDMA und weitere im BtmG (Betäubungsmittelgesetz) zusammengefaßt und somit verboten. Herstellung, Konsum und Handel finden bekanntermaßen aber dennoch statt, so unkontrolliert wie bei keiner anderen Ware. Denn niemand prüft die Qualität, niemand prüft den Preis. Es gibt keine Verbraucherinnenaufklärung und keinen Konsumentinnenschutz. Wie verheerend sich das auswirkt, und daß somit das wahre Drogenproblem im Verbot der Stoffe liegt, zeigt sich am deutlichsten an der „Teufelsdroge Nr. 1“, dem Heroin. Da nie die bloße Substanz abhängig

macht oder gar tötet, entscheidet darüber der Gebrauch. Heroïn beispielsweise hinterläßt in Reinform und korrekt dosiert keine körperlichen Schäden. Im allgemeinen schwankt der Reinheitsgehalt des Straßenheroïns zwischen 10 und 50 Prozent. Der Heroïnkonsumentin ist es somit unmöglich, den Reinheitsgehalt exakt zu bestimmen, so daß sie sich bei jedem Konsumakt einem nicht abschätzbaren Risiko aussetzt. Über 70 Prozent der „Herointoten“ sterben an einer unbeabsichtigten Überdosierung - „Verbotstote“. Überdies wird - bedingt durch den hohen Preis - auf risikoärmere Konsumformen wie Rauchen oder Inhalieren verzichtet, da hierfür größere Substanzmengen nötig wären.

Diese Phänomen trifft auf jede andere Droge ebenso zu. Kaum jemand backt Haschplätzchen anstatt sich eine Tüte zu drehen, und noch seltener trifft mensch Speed in Kapseln verpackt an, um es schonend zu schlucken anstatt sich Nasenschleimhaut und - wand zu ruinieren. Da die Strafverfolgung und nicht die Substanz die Konsumentinnen in eine gesundheitsgefährdende Situation bringt, kann ohne weiteres behauptet werden, daß die repressive Drogenpolitik in einschneidender Weise das in Artikel 2 Abs. 2 GG garantierte „Recht auf körperliche Unversehrtheit“ beeinträchtigt.

Sinn oder Unsinn der Drogenpolitik

Der kontrollierte Umgang mit Drogen und die Entwicklung stabiler Formen informeller sozialer Kontrolle und solidarischer Hilfe



innerhalb der Subkultur werden durch die strafrechtliche Verfolgung weitestgehend unmöglich gemacht. Unter dem Verfolgungsdruck, dem die „Szene“ ausgesetzt ist, ist eine Drogensubkultur entstanden, die im wesentlichen durch Mißtrauen, Betrug und Angst gekennzeichnet ist. Diese wiederum verstärkt die Isolation und erhöht die Wahrscheinlichkeit, von einem anfänglich kontrollierten Gebrauch in die Sucht abzugleiten. Die repressive Drogenkontrolle schafft somit Süchtige. Wer die gesellschaftlich vorbestimmten Bahnen verläßt, wird rausgekantert. Nettes Spiel. Nun dominiert in der drogenpolitischen Diskussion aber die Prämisse, daß Selbstschädigungen (denn nichts weiter ist der Drogenkonsum) mindestens in dem Moment sanktionswürdig ist,

wenn übergeordnete Interessen des Gemeinwohls verletzt sind. Maßgebliches Kriterium ist hierbei die „Sozialschädlichkeit“ - als vom Strafrecht zu schützendes Rechtsgut wird die „Volksgesundheit“ angegeben. Die sozialen Kosten sind Wegfall der Arbeitsfähigkeit, Beschaffungs-, Begleit- und Folgekriminalität und daraus resultierende Versicherungsleistungen und der zu be-

gesundheit“ noch Verwendung findet, sollte der geschichtsbewußten Bürgerin bitter aufstoßen. Betrachtet mensch, daß es ca. 100mal soviel „Alkohol- und Nikotintote“ als „Drogentote“ gibt, wird noch deutlicher, daß Drogenpolitik wenig mit der Sorge um „Volksgesundheit“, geschweige denn mit der Bekämpfung von Drogen zu tun hat. Vielmehr benötigt der Staat Sündenböcke,

an denen unmoralisches Verhalten manifestiert werden kann und die zu einer solchen Bedrohung aufgebauscht werden können, um Grundrechtseinschränkungen zu legitimieren. Der große Lauschangriff, Umkehrung der Unschuldsumutung, Rasterfahndung, Wegfall des Anfangsverdachts, Wohnungsdurchsuchungen ohne richterliche Genehmigung, Videoüberwachung des öffentlichen Raums, Beschneidung des Asylrechtes... law-and-order-Wahn aufgrund einer imaginären Drogengefahr. Oder geht es dem wohlwollenden Staat nur darum, den Spaßfaktor im Leben seiner Mitglieder möglichst gering zu halten? Schließlich ist

ja das anziehende an Rauschmitteln, daß mensch mit ihrer Hilfe die Realität zumindest subjektiv verlassen bzw. verändern kann. Aber unsere Hauptaufgabe als treue Staatsdienerinnen ist es ja, fit für den Ausbeutungsalltag zu sein und nicht unsere Bedürfnisse zu befriedigen.

Arbeiter, meidet den Schnaps!

Mit jedem Gläschen, das ihr trinkt, verleihet ihr dem Staat und der herrschenden Gesellschaft Mittel zu eurer Knechtung und, was noch schlimmer ist, ihr betrügt euch selbst.

Jeder Alkoholgenuss ist eine Steuerzahlung!

Statt ihre eigenen Organisationen zu fördern, unterstützen die Arbeiter durch ihren Alkoholverbrauch den Staat, der sie unterdrückt und der Kapitalistenklasse dient. Sie führen einen Kampf gegen den Militarismus und Marinismus und ernähren ihn doch selbst durch ihren Alkoholgenuss. Niemand zwingt sie dazu, kein Gebot und keine Not, aber sie tun es dennoch, schmieden ihre eigenen Fesseln, binden sich den Geist und binden sich die Hände, liefern sich ihrem Klassengegnern aus durch den Alkoholgenuss!

Darum, nicht nur im Interesse des leiblichen Wohles des einzelnen, sondern vor allem

im Interesse der kämpfenden Klasse

fordern wir Einschränkung des Alkoholgenusses. Das ist der Sinn des auf dem Leipz. Parteitag gefaßten Beschlusses.

zahlende Polizei - und Justizapparat. Dies sind allerdings Kosten, die der Gesellschaft aufgrund der Prohibitions politik aufgebürdet werden, so daß nicht der Konsum als sozial schädlich bezeichnet werden darf, sondern die repressive Drogenkontrolle. Allein die Tatsache, daß der Begriff „Volksgesundheit“ noch Verwendung findet, sollte der geschichtsbewußten Bürgerin bitter aufstoßen. Betrachtet mensch, daß es ca. 100mal soviel „Alkohol- und Nikotintote“ als „Drogentote“ gibt, wird noch deutlicher, daß Drogenpolitik wenig mit der Sorge um „Volksgesundheit“, geschweige denn mit der Bekämpfung von Drogen zu tun hat. Vielmehr benötigt der Staat Sündenböcke, an denen unmoralisches Verhalten manifestiert werden kann und die zu einer solchen Bedrohung aufgebauscht werden können, um Grundrechtseinschränkungen zu legitimieren. Der große Lauschangriff, Umkehrung der Unschuldsumutung, Rasterfahndung, Wegfall des Anfangsverdachts, Wohnungsdurchsuchungen ohne richterliche Genehmigung, Videoüberwachung des öffentlichen Raums, Beschneidung des Asylrechtes... law-and-order-Wahn aufgrund einer imaginären Drogengefahr. Oder geht es dem wohlwollenden Staat nur darum, den Spaßfaktor im Leben seiner Mitglieder möglichst gering zu halten? Schließlich ist ja das anziehende an Rauschmitteln, daß mensch mit ihrer Hilfe die Realität zumindest subjektiv verlassen bzw. verändern kann. Aber unsere Hauptaufgabe als treue Staatsdienerinnen ist es ja, fit für den Ausbeutungsalltag zu sein und nicht unsere Bedürfnisse zu befriedigen.

Der Mißbrauch des Themas

Während das Hauptmerkmal der verschiedenen Jugendkulturen mittlerweile ist, wie oft und welche Drogen von den Gestalterinnen genutzt werden, wird über Drogen weiterhin nur in Form von Skandalen berichtet. Wissenschaftlich nicht belegbare Studien und angebliche Opfer, wie z.B. XCT-Tote, werden zur Panikmache benutzt und somit Aufklärung verhindert. Fast alle denken bei einem wohlhabenden, nicht in diesem Land geborenen Menschen sofort an Drogen. Von dem schwarzen Kleindealer auf dem Schulhof, der einer ganzen Eltern- generation den Schlaf raubt, mal ganz zu schweigen. Kann Drogenpolitik rassistisch sein? Und obwohl sie nichts anderes macht als Bedürfnisse zu befriedigen, wird die Drogendealerin zur meistgefürchteten Kriminellen. Im schönen Magdeburg wurde unlängst der stadtweite Platzverweis für ganze 14 Tage bei Drogendelikten eingeführt. Vielleicht dürfen wir ja auch bald, weil wir Klamotten geklaut haben, unsere Heimatstadt für immer verlassen oder, um in einer Stadt aufgenommen zu werden, eine Haarprobe abgeben.

Aber statt sich gemeinsam gegen den Mißbrauch des Themas zu wehren, haben die Menschen, die sich damit beschäftigen, nichts besseres zu tun, als sich zu streiten, welche Droge gefährlicher ist und immer wieder neue Definitionen für Sucht zu kreieren. Während die Hanflobby ihre Droge als Heilmittel für Mensch und Wirtschaft lobpreist, werden Leistungsdrogen (Speed, Koffein, Kokain) in weiten Kreisen toleriert und konsumiert, weil sie nicht berauschen und die Leistungsfähigkeit steigern. Und ein Glas Rotwein am abend macht über hundert Jahre alt. Prost.

Keine Alternativen in Sicht

Nun tut sich ja in der Drogenpolitik doch noch etwas mehr. Hin und wieder wird an neuen Modellen gebastelt. So fordern viele Drogenpolitikerinnen für Heroinsüchtige (was auch immer das nun heißen mag) „Stoff vom Staat“.

Dieses selektive Modell aber würde ca. 80% der Heroinkonsumentinnen - nämlich Gelegenheitsnutzerinnen - vom Zugang zu ihrer Droge ausschließen und somit die Logik - „je süchtiger, desto legaler und gesicherter der Zugang zum Stoff“ - nach sich ziehen. Auch die oft als fortschrittlich gepriesene Forderung nach Fixerstuben hätte - in die Realität umgesetzt - fatale Folgen. Wie mensch in der Schweiz sehen kann, steigen die Observierungsmöglichkeiten und damit die Repressionen mit der Erschaffung dieser Räumlichkeiten. Der Stoff würde knapp und nach der Logik des Schwarzmarktes, die ja dadurch nicht aufgehoben wird, Preis und Grad der Unreinheit des Stoffes erhöht. Aber diesen darf sich die Konsumentin dann wenigsten unter hygienisch einwandfreien Bedingungen spritzen.

Gar keine Drogenpolitik - Freiheit, die wir meinen!

Es gibt wohl noch viele Forderungen. Die einzige aber, die das Drogenproblem lösen kann, ist die Freigabe aller durch das BtmG verbotenen Stoffe. Anstatt eines Verbotes könnten verbraucherinnenschützende Regelungen treten. Damit wäre für jede offengelegt, was sie denn gerade ihrem Körper antut. Das Grundgesetz gebietet es. Aber Kapitalismus und somit die Ausbeutung des Menschen stehen ja bekanntermaßen konträr zur Freiheit des Individuums. Zu Risiken und Nebenwirkungen...

*(jungdemokratInnen-junge linke
sachsen-anhalt, Nov. 2000)*

Widerstand ist tanzbar!

„Die Schnitter“ in Magdeburg

Im November war es endlich soweit: „Die Schnitter“ – in widerständigen Kreisen wohl die Folk-Punk-Legende schlechthin – beehrten Magdeburg mit einem fulminanten Konzert im Campustheater. Trotz der recht beengten Räumlichkeiten war es ein rundum gelungenes Konzert, bei dem es die Schnitter schafften, den Saal von Anfang an in Stimmung zu versetzen.

Die Band ist in ihrer Szene diejenige, die ihre politische Botschaft am ungeschminktesten verbreitet. Zum einen vertonte sie so manchen „Hit“ aus Zeiten der Bauernkriege oder der 1848er Revolution neu, der vielen gelernten DDR-Bürgern noch aus dem Schulunterricht bekannt gewesen sein dürfte. Aber auch eigene, aktuellere Texte (gleichwohl auch so manche 500jährige Liedzeile noch erstaunliche Aktualität besitzt), die zum Mitsingen, –tanzen und –denken anregen, haben sie in ihrem Repertoire.

D a b e i
k o m m t
ihre Musik
alles andere als
bierernst oder gar
belehrend daher, stattdessen fehlt in ihren Konzerten selten ein Schuss (Selbst-)Ironie. Jedoch propagieren die Schnitter nicht nur singend den Widerstand, sondern leben ihn auch. So mußte die Band bei ihrem 98er Konzert in Köln auf Bettina Weber verzichten, da diese bei den Protesten gegen

die Castor-Transporte in Ahaus verhaftet wurde.

Hervorgegangen ist die aus Kassel stammende Formation Mitte der 90er Jahre aus der Band „Stonehaven“. Damals beschlossen die damals eher als Gelegenheitsmusiker zu bezeichnenden Bandmitglieder, sich fortan „hauptamtlich“ der Musik zu widmen. Sänger und Gitarrist Ralf Kemper hängte seinen „Beamtenstatus auf Lebenszeit“ an den Nagel und mit Bettina Weber kam die ihre Musik so prägende Violinistin ins Boot. Da die Plattenfirma (Autogram Records) befürchtete, daß der englische Bandname der Vermarktung deutscher Texte hinderlich sei, wurde mit »Die Schnitter« - in Anspielung auf die Tagelöhner, die das Korn von den Feldern einbrachten und dem Schnitter, der die Seele der Sterbenden holte, ein ebenso passender wie origineller Name gefunden.

1997 erschien dann mit „Mähdrescher“ die erste CD der Band – mit so herausragenden Stücken wie „Die Weber“ nach Heinrich Heine oder „Des Geyers Schwarzer Haufen“, einem bekannten Lied aus den Bauernkriegen. 1998 folgte mit „Arg“ („Arg muss sich der Bauer quälen“) der zweite, im letzten Jahr mit „Saat und Ernte“ ihr „dritter Streich“ – u.a. mit den „Moorsoldaten“ oder der gar lustigen Polizistenhymne „Es lebe hoch die Polizei“ aus Zeiten der Sozialisten-gesetze Ende des 19. Jahrhunderts.

Im März 2000 ereilte sie ein herber Schicksalsschlag, als Bassist (und Bruder des Sängers) Peter Kemper an Herzversagen verstarb. Ihm widmeten sie mit „Abschied“ einen alten Traditional Song. Für Peter übernahm dann Rainer Zink den Bass-Part.

Ende letzten Jahres betraten die Schnitter Neuland. In Kassel hatte ihr erster Film



„Ein Weihnachtslied“ – eine mittelalterliche Horrorgroteske im Stile der bekannten „Dogma95“-Reihe - Premiere. Derzeit arbeiten die Schnitter an einer neuen CD (Arbeitstitel: „Webstuhl des Lebens“), die im Herbst 2001 erscheinen soll.

Hoffen wir, daß „Die Schnitter“ mit ihrer 98er Tour-Devise „Widerstand ist tanzbar“ noch so manchen müde gewordene(n) Linke(n) vor des Schnitters Bruder „Rückzug ins Privatleben“ bewahren.

Diskographie

1997 - Mähdrescher

1998 - Arg

2000 - Saat und Ernte

2000 - Ein Weihnachtslied (Vid)

2001 - Am Webstuhl des Lebens

Weitere Infos: <http://www.dieschnitter.de>

Pressestimmen

Schnittig auf Erfolgskurs! Protest-songs waren in den 60er-Jahren in Mode. Und Minne- oder Marktsänger braucht in den Zeiten des Internets wohl niemand mehr – könnte man meinen. Die Schnitter beweisen mit einer Mischung aus alten Stilen exakt das Gegenteil.

(Sound Check 4/00)

Die Schnitter sind Überzeugungstäter mit Gefühl für starke Musik und aufrüttelnde Texte!

(Mitteldeutsche Zeitung, 22.02.00)

Die Schnitter agieren trotz kritischer Texte jedoch nicht bitterernst, sondern beweisen, augenzwinkernd ironisch vorgetragen, dass sie auch Potenzial als politische Kabarettisten haben.

(Zillo 2/00)



Von Wahrheitsliebe und Demagogie

Die „Volksfeind“-Inszenierung in der Kammer

Lange hat das Ensemble der „Freien Kammerspiele“ gebraucht, um Ibsens Schauspiel „Ein Volksfeind“ an die Öffentlichkeit zu bringen. Nachdem das Stück bereits Ende des letzten Jahres seine Premiere haben sollte, hat es nun endlich geklappt. Intendant Bunge und mit ihm einige Schauspieler gaben ihr Abschiedsstück in der „Kammer“.

Das ist bedauernswert, denn mit dem „Volksfeind“ ist den Kammerspielen ein Stück gelungen, das an alte Traditionen der Nachwendezeit anknüpft, in dem es einem über hundertjährigen Stück ein ungeheuerer aktuell-politische Brisanz verleiht. Das ist freilich nicht allein Verdienst der Theaterleute, sondern vor allem auch den politischen Zuständen geschuldet, die sich von denen Europas am Ende des 19. Jahrhunderts wohl nur unwesentlich unterscheiden.

Die Handlung des Stückes ist kurz erzählt. Doktor Stockmann, Badearzt einer aufstrebenden Kleinstadt, deren Bürger in ihrem neuerrichteten Bad hauptsächlich eine fleissig sprudelnde Geldquelle sehen. Die Lorbeeren für die Errichtung des Bades heftet sich vor allem der Bürgermeister – und Bruder des Badearztes – an die Brust. Jedoch entdeckt der seinem Bruder nicht sonderlich zugeneigte Arzt, dass das Wasser des Bades hochgradig verseucht ist. Nur eine – mit hohen Kosten für die Bürgerschaft verbundene – Verlegung des Bades kann da Abhilfe schaffen. Trotz Versuchen seitens des Bürgermeisters, ihn daran zu hindern, bringt Dr. Stockmann den Skandal an die Öffentlichkeit. Zunächst hat er dabei die Unterstützung der Lo-

kalpresse wie auch der einflußreichen Hausbesitzervereinigung, jedoch beugen die sich dem mit Drohungen und Versprechungen agierenden Bürgermeister. Auch die die Bestrebungen des Arztes zuerst unterstützenden kleinen Leute wenden sich – nicht zuletzt unter dem Einfluß der Presse – schließlich gegen ihn. Dieser läßt sich davon aber nicht beeinflussen und verteidigt die von ihm erkannte Wahrheit. Nachdem es ihm in einer Bürgerversammlung nicht gelingt, die „kleinen Leute“ auf seine Seite zu ziehen, ergeht er sich in wüsten Beschimpfungen nicht nur der städtischen Bürokratie, sondern schließlich der Mehrheit der Bürger, die er mit Strassenkötern vergleicht – im Gegensatz zur geistigen Elite der „Pudelmenschen“. Zu letzteren zählt er vor allem sich selbst.

Nachdem er nochmalige Versuche, ihn zur Rückkehr in die Gemeinschaft der Bürger zu bewegen, abgelehnt hat, wird seine Familie – aller Existenzmöglichkeiten beraubt – endgültig verstoßen. Stockmann sieht sich dadurch aber eher gestärkt („Ein Mann, der meist allein steht, ist der stärkste!“) und verspricht sich von seinen Söhnen, die er entsprechend erziehen will, spätere Genugtuung und Rache an der städtischen Bürokratie.

Soweit gesehen, ist die Geschichte wenig spektakulär. Solche Geschichten gehören schließlich zum Alltag der bürgerlichen Gesellschaft. Das interessante an dem Stück ist die Bloßstellung der bürgerlichen Heuchelei, der Funktionsweise von „freier“ Presse und Demokratie, die letztendlich nichts anderes als die Herrschaft eines Filzes von Politikern, wirtschaftlich einflußreichen Bürgern

und städtischer Bürokratie darstellt. Dieser selbsternannten "kompakten Mehrheit" gelingt es mittels gezielter Manipulation der Öffentlichkeit immer wieder den Anschein von demokratisch legitimierten Entscheidungen zu erzeugen. Besonders deutlich wurde das in der Szene der Bürgerversammlung, in der Dr. Stockmann "demokratisch" daran gehindert wird, seine Erkenntnisse zum Bäder-Skandal darzulegen. Das Publikum wird dabei als "Volk" mißbraucht, unter das sich die einflußreichen Politiker gemischt haben, die mittels Zwischenrufen, demonstrativem Beifall oder Buhrufen und durch geschickte Übernahme der Versammlungsleitung den Ausgang der Zusammenkunft in ihrem Sinne steuern und gleichzeitig den demokratischen Schein wahren.

Aber das sind nicht die einzigen Mittel

"demokratischer" Meinungsbildung. In Ibsens Stück werden (fast) alle Register gezogen: Bestechung, Beeinflussung von Familienangehörigen, öffentliche Verleumdung, Entzug der Existenzgrundlage (durch die Entlassung sämtlicher Familienmitglieder), Mobilisierung des Mobs...

Dr. Stockmann erscheint dagegen auf den ersten Blick als unbeugsamer, der Wahrheit und seiner "Vaterstadt" verpflichteter Mensch. Jedoch schon die Behandlung seiner Familienmitglieder läßt ahnen, daß es mit seiner Freiheitsliebe so weit nicht her sein kann. Letztendlich entpuppt er sich in der Bürgerversammlung der Kämpfer gegen Bürokratie und politischen Klüngel als ebenso machtbesessen, wie seine Widersacher. Nicht der Kampf um die Wahrheit treibt ihn, der sich zur geistigen Elite zählt, sondern die Herausstellung seiner eigenen Verdienste,



die er nicht entsprechend gewürdigt sah. Die "einfachen Leute" stellen auch für ihn nur Schachfiguren im Spiel um die Macht dar.

Das ist dann auch das Brisante an der Inszenierung, daß der Zuschauer sich in der Schlußszene um seine Sympathie gegenüber dem standhaften Doktor betrogen sieht. Das läßt sich dann auch an dem verhaltenen Schlußbeifall ablesen, der nach dieser Szene einfach nicht stärker ausfallen konnte.

Im Sück gab es dann auch ein paar Seitenhiebe auf Lokalpresse und -politiker, die darum streiten, ob das Stadtzentrum nun untertunnelt oder überdacht werden soll. Jedoch ist das Stück – im Gegensatz zu den Erwartungen vieler – weniger eine spezielle Abrechnung mit dem Magdeburger Lokalklüngel, sondern dürfte auf so ziemlich alle Städte übertragbar sein.

Der Verdienst des Stückes liegt vor allem darin, daß hier nicht die üblichen Erklärungsmuster für den wachsenden Einfluß rechtsradikalen Gedankengutes dargeboten werden, sondern die Verstrickungen der selbsternannten Demokratiewächter, wie auch der "einfachen Bürger" selbst, thematisiert werden. Der Einfluß rechter Ideologen mit ihrer Verachtung jeglicher Demokratie beruht schließlich nicht zuletzt auf der alltäglichen Heuchelei der Politiker, die ihre Privatinteressen als Sorge um das Gemeinwohl ausgeben und dem stummen Einverständnis bzw. täglichen Wegschauen der Masse der Menschen.

Nächste Vorstellungen am 19. u. 20.1.01

„Heut' ist der Tag ein Gedicht“

Im Anschluß an die „Volksfeind“-Vorstellung präsentierten die Kammerspiele noch ein besonderes Schmankerl: den hierzulande bis dato recht unbekanntem Volkskünstler Gerd Schneider. Leider konnte diese Würdigung nur noch postum durch einige rührige Mitglieder der Gerd-Schneider-Gesellschaft, die sich der Sicherung und Wahrung des Erbes des beinahe der Vergessenheit anheim gefallenen Meisters des Trivialen aus dem Herzen des Ruhrpott angenommen haben, erfolgen.

Jedoch gelang es den Männern um Mathias Herrmann in eindrucksvoller Weise einen repräsentativen Einblick in das vielseitige Schaffen des oft unterschätzten Dichters, Komponisten und Fotografen zu geben. Hermann interpretierte selbst - begleitet von Marliese Reinhardt am Schlüsselbrett - die anmutigen, zu Herzen gehenden Stücke der naturverbundenen Persönlichkeit G. Schneider. Daneben gab Sven Reese einige heitere Stücke typisch Schneiderscher Prosa zum Besten, deren Wirkung sich selbst der ansonsten mit dem nötigen Ernst zur Sache gehende Herrmann nicht entziehen konnte. Ein Diavortrag mit bisher unveröffentlichten Farb- und Schwarzweiss-Fotografien sowie Auszüge aus Tagebüchern aus Schneiders Wanderzeit zwischen Ruhr und dem fernen Kanada rundete den gelungenen Abend ab.

Leider wird Schneider in der Fachwelt noch nicht der ihm gebührende Respekt gezollt, erschließt sich doch so manche Feinheit seines Werkes erst auf den zweiten oder dritten Blick. Etlliche Details auf seinen Fotografien, der wahre Gehalt seiner oft zunächst etwas schlicht erscheinenden Verse und Melodien erschließen sich erst nach intensiver Beschäftigung mit der Materie. Dem Zuschauer dafür den Blick geschärft zu haben, ist das Verdienst der Gerd-Schneider-Gesellschaft, der viel Kraft und Erfolg zu wünschen ist, bei ihrem Ansinnen, das Schaffen dieses außergewöhnlichen „Grenzgängers“ weiteren Kreisen zugänglich zu machen.

Ein Muß für alle Freunde volksverbundenen Schaffens und vielleicht ein Forschungsfeld für die hiesige Germanistik-Fakultät!?

Grün ist die Hoffnung!?

Endlich begreifen's auch die Grünen - die Politik hat sich den Realitäten zu stellen und nicht nach Veränderungen zu streben, die von den Mächtigen im Lande nicht gewünscht sind. So bekennt Thomas Bichler, der neue Chef der Grünen in Sachsen-Anhalt, im Volksstimme-Interview, daß er nie ein „Autogegner“ gewesen wäre. Zwar hat er noch immer was an der „Kahlschlagpolitik der SPD-PDS-Regierung im Umwelt- und Naturschutz“ rumzumäkeln. So meint er, daß der Elbeausbau so nicht akzeptabel sei, daß man um diesen aber nicht herumkommt, das hat er auch eingesehen.

Sein Kollege im Bundestag, Fraktionschef Schlauch, ist da schon etwas weiter. Er stellt sich gleich an die Spitze der Vordenker im neoliberalen Mainstream und fordert, daß Unternehmer mit ihren Betriebsräten auch Verträge abschließen könnten, die eine Entlohnung unterhalb des Tarifniveaus zuließen. Bislang fällt das noch immer unter die Tarifhoheit der „strukturkonservativen“ Gewerkschaften, die die Probleme vor Ort gar nicht beurteilen können.

Das reicht jedoch noch immer nicht an Frau Röstel heran. Mehrere Jahre an der Spitze der Bündnisgrünen im Bund haben bei ihr

ein Gespür für die nötige Cleverness herausbilden lassen. Sie wechselte vom Verein der ewig nörgelnden AtomkraftgegnerInnen direkt zum modernen und innovativen Atomkonzern *eon* und verschafft diesem das Feigenblatt was dieser für etwaige ewiggestrige aber heute durchaus zahlungskräftige und einflußreiche Altacht- und sechziger benötigt. Und Frau Röstels Schade wird es gewiß auch nicht sein...

Not macht erfinderisch...

In Nöte geraten ist das Agrarministerium in Sachsen-Anhalt, nachdem sich die Waldarbeiter zunächst recht lautstark gegen den geplanten Stellenabbau gewehrt hatten. Nach zähen Verhandlungen ist man sich aber doch noch einig geworden: die Waldarbeiter im Landesdienst dürfen in selbigem verbleiben. Lediglich einen Klimawechsel müssen sie in Kauf nehmen. Statt frischer Waldluft dürfen sie nun gesiebte Luft atmen - als Schließer im neugebauten Knast in Rassnitz. Aber Hauptsache Arbeit!

...und kennt kein Gebot

Ebenfalls in Nöten sind hierzulande die Krankenhäuser. Jedoch nicht mehr lange - zumindest wenn es nach Vorsitzenden

des Marburger Bundes geht. Dieser forderte die Krankenhäuser auf, verstärkt Auslandspatienten zu umwerben. Sie sollen sich greise Ölscheichs ins Land bzw. Bett holen, schließlich nehme die Zahl der über 60jährigen weltweit stetig zu. Da kann man die drohende Überfremdung deutscher Krankenanstalten durchaus in Kauf nehmen.



Lösung für das Glatzenproblem in Sicht!

Na Gottseidank! Nicht nur W. Polte wird aufatmen: Endlich gibt es ein Mittel gegen die lästigen Glatzen. Wie in der Volksstimme vom 25.11. berichtet wurde, haben Forscher ein Mittel gegen die Dampfbacken entdeckt, das garantiert wirkt.

Damit dürfte sich (nicht nur) Magdeburgs Imageproblem in absehbarer Zeit erledigt haben. Und: keine lästigen Aufklärungskampagnen und Lichterketten mehr und auch keine nächtlichen Fußballturniere. Kein Investor wird mehr über Magdeburg die Nase rümpfen! Auch die Antifa wird arbeitslos und kann sich endlich mal vernünftigen Dingen widmen. Die Lösung ist so einfach wie wirkungsvoll, eine Salbe, die das Problem mit der Wurzel ausrottet. Wech ist sie, die braune Brut. Einen Haken hat die Sache allerdings: Das rezeptpflichtige Medikament wurde - politisch nicht korrekt - mit Hilfe der Gentechnik entwickelt.

Forscher des Max-Planck-Institutes

Biologen wollen 2005 neues Mittel gegen Glatzen auf den Markt bringen

Freiburg (dpa). Glatzen sind Bestandteil der Haarpflege. Erklärtes Ziel der Forscher ist es, ein Mittel zu entwickeln, das die Glatzen dauerhaft entfernt. Nächstes Ziel sei ein Mittel zu entwickeln, das die Glatzen dauerhaft entfernt.

So nicht, Daniel!

Auf der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos in Thale im Oktober letzten Jahres richtete der neue Juso-Vize-Chef, Daniel Winter, heftige Vorwürfe gegen den alten Vorstand. Dieser sei „karrieristisch“ und von der „Neuen Mitte beeinflusst“. Es sei ihnen nur noch um „Posten und Positionen“ und nicht um „inhaltliche Politik“ gegangen. Mit Verlaub, lieber Daniel, genau darum geht es doch in der Politik! Man sollte meinen, als Landesvize müsstest du das schon begriffen haben. Deine Vorgänger dürften da etwas heller gewesen sein. Wenn du das nicht einsehen willst, schaffst du nie den Weg durch bzw. in die neue Mitte. Denn genau dort winken die Pöstchen, die sicher auch du während deiner Karriere antreten willst. Unser Rat: dem Chef besser auf's Maul schauen oder gleich in den A... kriechen!

Aus Ninas Nähkästchen

Auf die Frage eines Reporters der Süddeutschen Zeitung, was es eigentlich heiße, deutsch zu sein, antwortete Nina Hagen, 45, Sängerin:

Für mich gehört zum Deutschsein der Pioniergeist. Ich glaube, ich bin da meiner Zeit weit voraus. Weil ich in Deutschland ganz viele positive atmosphärische Plätze sehe, und hier alles voll Öko ist. Ich bin das ja auch. Ich will, dass wir alle im Einklang mit Mutter Erde leben, die Menschen und auch die Bienen. Und außerdem gibt mir das Land natürlich Zuflucht und Schutz, wo doch überall auf diesem Planeten alles voller Not und Krieg ist.

Alles klar?!

(SZ vom 9.11.00 auf Seite 12)

Gedanken zum Jahreswechsel...

...macht sich so manche Politikerin und auch so mancher Politiker. Petra Sitte von der PDS z.B. hält es für an der Zeit, daß endlich nicht nur die Machenschaften der Regierung in Sachsen-Anhalt toleriert werden, sondern aktiv auch von der PDS in einer echten Koalitionsregierung eingebracht werden können. Dazu soll schon mal 'Ausbeutung light' gefördert werden, indem Betrieben „Lohnkostenzuschüsse“ gezahlt werden, anstelle die schöne Kohle bei ABMs zu verpulvern. (Da wird ja schließlich nach Aussagen ihres obersten Dienstherren, Herrn Höppner, eh nur gegammelt.) „Denn Arbeitnehmer, die dazu fähig sind, sollten lieber in Unternehmen, statt in Fördermaßnahmen arbeiten.“ Wenn schon Ausbeutung, dann auch beim 'richtigen' Kapitalisten!

Looser-Kollege Bergner von der einzig echten Opposition im Landtag hingegen befürwortet weiterhin einen „offensiven Umgang“ mit dem Begriff der „deutschen Leitkultur“. Schließlich sei beim gemeinen Ossi „das Bedürfnis nach Orientierung“ sehr groß. Auch wolle man sich davon abbringen lassen, das Thema „Ausländerpolitik“ im kommenden Wahlkampf zu einem zentralen zu machen. Schließlich

orientiere man sich da nur an dem, was auch „ein Thema in der Bevölkerung“ sei. Das wünscht sich zudem zu einem nicht zu vernachlässigenden Teil auch einen neuen Führer bzw. - da dieses Wort doch etwas verbraucht ist - einen neuen Leithammel. Wäre das nicht was für Sie, Herr Bergner? Auch bei der SPD ist man emsig beim Grübeln. Nicht ohne Erfolg! Erste Ergebnisse gibt es bereits bei der „Neudefinition des

Gerechtigkeitsbegriffs“. So hat man jetzt erkannt, daß „begrenzte Ungleichheit im Ergebnis“ eher stimulierend wirkt. Teddy Thierse will sich zwar noch nicht von den Grundwerten „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ verabschieden - sie müßten nur „zeitgemäß gefüllt werden“. Dem kommt das Mitglied der SPD-Grundwertekommission, Thomas Meyer, sicherlich entgegen. Der hat nämlich schon eine Übersetzung ins Neusprech gefunden: „gerechte Ungleichheit“.

Nur aus den Reihen der Grünen hört man kaum was innovatives zum Jahreswechsel. Aber die haben ja schließlich das ganze Jahr über beim Wettbewerb um den Titel „Neoliberalissimus des Jahres“ ganz vorne mitgemischt. Das bescheinigt ihnen auch der scheidende Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Olaf Henkel, als er gegenüber der Presse äußerte: „Wer hätte denn ahnen können, daß Oskar Lafontaine so schnell von der Bildfläche verschwinden würde und die Grünen alles anstandslos mitmachen?“ Dem selbsterklärten „Ordoliberalen“ und Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Rezzo Schlauch, attestierte er gar Positionen „sehr nahe bei denen der Arbeitgeber“. Damit ist dieser wohl ganz heißer Kandidat für den Titel...



Zwei Arbeitgeber und ihre guten Vorsätze ...

Utopie wagen!

Gegenbilder zur Expo - Buchvorstellung

Da auch wir schon die derzeitige Visionslosigkeit der Linken beklagt hatten, möchten wir Euch diesmal ein Buch vorstellen, das genau bei diesem Problem ansetzt. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener AutorInnen, die der kapitalistische Vision, wie sie auf der Expo propagiert wurde, eine emanzipatorische Alternative entgegenstellen.

Begonnen wird dabei mit einem kurzen Überblick über die (Vor-)Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft, die nicht zuletzt als eine Abfolge von Epochen dargestellt wird, die durch bestimmte Produktivkräfte dominiert wurden bzw. werden. Demnach unterteilt sich die Geschichte in drei grundlegende Epochen: die auf der Landwirtschaft basierende *Natur-Epoche*, die alle vorkapitalistischen Gesellschaften umfaßt, die industrielle *Mittel-Epoche* des Kapitalismus und die noch zu realisierende *Menschen-Epoche*. Die Entwicklung des Kapitalismus ist dabei von einer Abfolge von verschiedenen Maschinenformen geprägt, deren letzte die moderne Algorithmusmaschine des Computer darstellt. In diesem Prozeß werden die Arbeitenden immer mehr ihrer eigenen Subjektivität beraubt, bis sie schließlich selbst zu „Robotern“ degradiert sind. Doch der Höhepunkt

dieser Entwicklung bescherte dem Kapital zugleich auch eine tiefgehende Krise.

Derzeit wird versucht, durch verschiedene Ansätze diese Krise zu überwinden. Einer davon ist die Reintegration der schöpferischen Initiative der Arbeitenden in den Produktionsprozeß, ein zweiter eine umfassende Flexibilisierung der vormals starren Massenproduktion standardisierter

Produkte.

Jedoch sind die Möglichkeiten eines neuen Produktivitätsschubes durch neue Produktionsmittel erschöpft. Einen Ausweg aus dem Dilemma bietet nur die Hauptproduktivkraft - der Mensch. Das haben auch die Kapitalisten erkannt und versuchen, die Kreativität eines Teils der Angestellten durch Erweiterung von deren

Spielräume zu steigern. Gleichzeitig werden diese aber dem direkten Marktdruck ausgesetzt, wodurch diese Räume wieder begrenzt werden und gleichzeitig die Verantwortung anonymen Marktkräften angelastet wird.

Letztendlich kann es so nicht gelingen, der Mehrheit der Bevölkerung eine Perspektive zu bieten. Dazu bedarf es einer grundlegenden Umwälzung, die der umfassenden Vergesellschaftung der Produktion



Rechnung trägt.

Dennoch sind die Wege, die die Linke bis dato gegangen ist, allein wenig erfolgversprechen. Das Problem des Kapitalismus wurde zumeist auf die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums beschränkt. Nicht berücksichtigt wurde dabei, daß im Kapitalismus auch der Kapitalist Zwängen unterworfen ist - nämlich denen des Marktes. Dadurch wird dieser zwar nicht zum Opfer des Systems, wichtig ist jedoch die Erkenntnis, daß es keine Lösung des Problems mittels „sozialerer Politik“ oder gar Appellen an die Ausbeuter, sich mit etwas weniger Profit zufrieden zu geben. Es gibt auch nicht *den* Kapitalisten, gerade in den westlichen Industriestaaten sind die Verhältnisse wesentlich komplizierter, da hier die Mehrheit der Bevölkerung in Ausbeutungsprozesse nicht nur als Opfer verstrickt ist. Auch hat es wenig Sinn, irgendwelche Politiker/ManagerInnen für bestimmte Mißstände haftbar zu machen.

Konsequent weisen daher die Autoren alle Versuche zurück, durch Teilhabe von NGOs an politischen Entscheidungen, den Kapitalismus „nachhaltiger“ oder die Weltwirtschaftsordnung gerechter zu machen.

Alternativen sehen sie nur in einer konsequenten Entwicklung eigener, unabhängiger Aktions- und Vernetzungsformen. Jegliche Versuche des „Systems“, Widerstand durch Integration zu schwächen und letztendlich zu neutralisieren, sind von vornherein abzuweisen. Erfolgversprechendere Ansätze sind internationale Netzwerke wie z.B. People's Global Action (PGA), ein eher loser internationaler Zusammenhang, in dem verschiedenste Gruppen den Widerstand gegen die Institutionen des globalisierten Kapitals (IWF,

Weltbank, WTO...) organisieren.

Das eigentliche Gegenbild, das sie zum globalisierten Kapitalismus entwerfen, basiert zuerst einmal auf einem generellen freien Zugriffen auf sämtliche (wissenschaftlichen) Erkenntnisse der Menschheit, wodurch ein ungeheueres Potential freigesetzt werden könnte. Zudem muß die „unsichtbare Hand“, von der die heutige Gesellschaft beherrscht wird, von einer direkten Selbstbestimmung eigenverantwortlich handelnder Menschen abgelöst werden, in der nicht mehr für einen anonymen Markt produziert wird, sondern konkrete Bedürfnisse den Ausgangspunkt der Produktion bilden.

Eine solche Gesellschaft muss sich aber zunächst im Rahmen der alten herausbilden. Als Beispiel für eine solche Entwicklung wird hier das Betriebssystem

Linux angeführt, welches schon heute nach den Prinzipien selbstorganisierter Kooperation (weiter-)entwickelt wird.

Leider ist hier der Platz zu gering, um alle im Buch angesprochenen Aspekte darzulegen. Auch vermisst mensch manchmal den berühmten 'roten Faden' zwischen den verschiedenen Kapiteln. Ans Herz legen möchte ich den LeserInnen das Kapitel „Freie Menschen in freien Aktionsgruppen“, wo die immer wieder anzutreffenden Hemmnisse praktischer Arbeit in linken Basisgruppen angesprochen werden, wie z.B. der Hang zur Nischenbildung, die oft anzutreffende Desorganisation, die Entstehung von informellen Herrschaftsstrukturen in formal herrschaftskritischen Gruppen, das Verharren in Ein-Punkt-Bewegungen oder auch der oft zu beobachtende Rückzug aus dem politischen Leben zu Beginn des Berufslebens usw.

Hoffen wir, das den AutorInnen mit dem Buch der Anstoß für eine spannende Zukunftsdebatte gelungen ist.

Gruppe Gegenbilder: Freie Menschen in freien Vereinbarungen. Gegenbilder zur Expo 2000, A5, 192 Seiten, 19,80 DM. Das Buch gibt's auch als Download im pdf-Format (allerdings 6MB) unter <http://www.projektwerkstatt.de/topaktuell/Expo/gegenbil.pdf>

telegraph

Der „telegraph“ dürfte die wohl einzige Zeitung der Bürgerbewegung aus der Ex-DDR sein, die nicht nur die Wende-Wirren, sondern auch die nachfolgende Jahre „deutscher Einheit“ überlebt hat. Und das ohne - wie eine Vielzahl der inzwischen zu IdeologInnen der „freien Marktwirtschaft“ konvertierten ex-Bürgerbewegten - politisch Schaden zu nehmen. Zwar stand die Zeitschrift zwischenzeitlich kurz vor dem (finanziellen) Ruin, jedoch erscheint sie seit zwei Jahren wieder regelmäßig als „ostdeutsche quartalschrift“. (Den alten Untertitel „behörden- und unternehmerunfreundlich“ fand ich freilich sympathischer.)

Der „telegraph“ ist noch zu DDR-Zeiten aus den seit 1986 erschienenen „Umweltblättern“ entstanden und wird auch heute noch von der Umweltbibliothek in Ostberlin herausgegeben. Im Gegensatz zu den oben erwähnten Ex-MitstreiterInnen aus der Zeit der Wende beschränken sich die MacherInnen des „telegraph“ heute nicht nur noch auf die Stasihatz (wobei aber das Thema Geheimdienste durchaus einen zentralen Platz einnimmt), sondern thematisieren vorrangig die Probleme der heutigen Gesellschaft, wie z.B. Neue Rechte, neue Weltordnung oder die Situation in den Ländern der „zweiten“ bzw. „dritten“ Welt und - nicht zuletzt mit dem Dauerbrenner „Kolonie Ostdeutschland“ - so eine Arti-

kelüberschrift in einem der letzten Hefte. Letzteres brachte dem Redaktionskollektiv aber auch z.T. heftige Kritik ein - vor allem aus dem antinationalen (west-)linken Spektrum.

In der Rubrik „NowOsti“ erscheinen regelmäßig Kurznachrichten über den aktuellen Stand der „inneren Einheit“ bzw. Zwietracht und in fast jeder Ausgabe gibt es Artikel zu linken Initiativen oder rechten Schweinereien im Osten „diesen, unseren Landes“. Sehr informativ sind auch immer Knobis Buch-

vorstellungen, die einen guten Überblick über die Neuerscheinungen der unabhängigen linken Verlage geben.

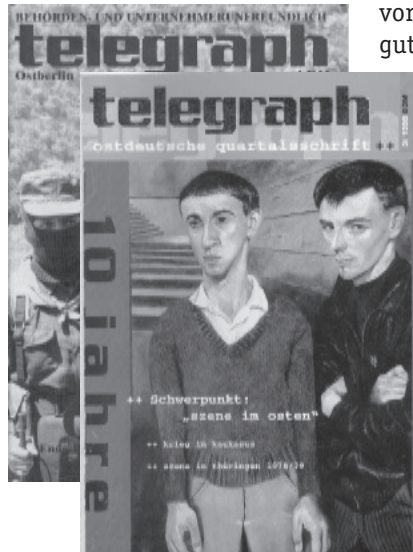
In der letzten Ausgabe (Nr. 101) war der Schwerpunkt des Heftes das Thema „postmoderne Kriegsführung“ mit Analysen (nicht nur) zum Jugoslawienkrieg und „information warfare“ im Internet. In weiteren Beiträgen geht es um die aktuellen Entwicklungen

in Tschetschenien, Polen oder Mocambique oder um „Überlegungen, wie eine andere DDR möglich gewesen wäre“.

Auch gehört der „telegraph“ zu den Pionieren des Internet. Schon lange vor dem heutige WWW-Boom waren ausgewählte Artikel im Netz zu lesen (<http://www.schliemann.com/telegraph>).

Redaktion telegraph, Schliemannstr.23 10437 Berlin;

Email: telegraph@schliemann.com; Fon 030/4445622; Fax: 030/4445623. Ein Jahresabo kostet 24 Mark.



Contraste

Diese inzwischen seit über 10 Jahren existierende Zeitschrift mit dem Untertitel „Monatszeitung für Selbstverwaltung“ wendet sich primär an selbstverwaltete Projekte, sei es nun eine „richtige“ anarchistische Kommune, eine wie auch immer selbstorganisierte Lebensgemeinschaft, ein genossenschaftlich betriebener Fahrradladen oder einfach nur am Thema Interessierte.

Entstanden ist die monatlich erscheinende Zeitschrift im Jahre 1984, auf dem Höhepunkt der Entwicklung der Selbstverwaltungsszene in der Bundesrepublik. Ursprünglich als „Wandelsblatt“ gestartet, mußte die Zeitschrift aber schon nach ihrer ersten Ausgabe den Namen ändern, da das große „Handelsblatt“ gegen das nur wenig verfremdete Logo der kleinen Alternativzeitung klagte und eine einstweilige Verfügung gegen dessen Verwendung erwirkte. Allerdings hatte diese Aktion Goliaths gegen David einen positiven Nebeneffekt: durch die damit erreichte Popularität konnte die Zeitschrift sofort einen hohen Abonentenstamm gewinnen.

Derzeit wird „Contraste“ von einer rund 40köpfigen Redaktion, die in mehreren Städten quer durchs Land dezentralisiert ist, in einer Auflage von ca. 7000 Exemplaren herausgegeben.

In der Zeitschrift werden jedoch nicht nur Themen behandelt, die einzelne Projekte betreffen, sondern auch über den Tellerand der Szene hinausgeblickt. So wird über Solidaritätsprojekte in der „Dritten Welt“, Initiativen im Bereich der Bildungsarbeit, Frauen/Mädchenprojekte, Ökologie & fairer Handel, Tauschringe, Geschichte der Genossenschaftsbewegung usw. berichtet. In letzter Zeit ist vor allem die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und ihre Alternativen in den Vordergrund gerückt. Die aktuelle

Ausgabe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den internationalen Protesten von Seattle bis Prag.

Im Kleinanzeigenteil kann mensch Jobs in selbstverwalteten Betrieben oder Wohnmöglichkeiten in Kommunen finden. Zusätzlich gibt es seit 1985 die „Bunten Seiten“, einen alternativen Adressreader selbstverwalteter und selbstorganisierter Projekte und Betriebe, die zunächst als jährliche Zeitungsbeilage erschienen und seit 1995 jährlich in Buchform herausgegeben werden.

Einziger Nachteil ist der Preis der Zeitung: stolze 10 Mark pro Ausgabe oder 80 im Jahresabo. Für einen 10DM - Schein gibt es ein 3 - Ausgaben - Probeabo, das sich nicht automatisch verlängert. Außerdem besteht die Möglichkeit, „Contraste“ im Blaue Welt Archiv zu lesen.

CONTRASTE

VISION EINER WELT VON UNTEN Kein Markt, kein Staat, keine Patente und Copyrights: Forschung, Technik, Naturgüter und alles Wissen allen Menschen! Gesellschaft von unten: Selbstentfaltung-Netzwerke als Gegenbild zu Visionen der EXPO 2000 - Technik & Ökonomie: Marktwirtschaft abschaffen - das Menschheitswissen den Menschen

KOMMUNE Großkommune in Gründung **DAS GELD DER ZUKUNFT** Was uns treibt - Ein Lob auf Faulheit! **KUHLEWAMPE** Eine Symbiose aus PS, Freizeit und Politik **MUBERBERG** Vom Wandel des KOMM zum Künstlerhaus K4 **BÜCHERLADEN** Die Repolitisierung der Literatur

BUNTE SEITEN Das einzige Adressverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit 12.500 Adressen aus der BRD, CH, A & internationale Kontaktschriften mit **Wander der AlternativMedien** im Inneitell. 1.300 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. Ca. 280 Seiten (DIN A4) für 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-924085-05-6 oder im Internet bestellen.

CONTRASTE im Internet lesen: <http://www.contraste.org>

Das Alles und noch viel mehr... in CONTRASTE, für 10 Mark als Schnupperabo drei Monate frei Haus!

JA Ich will ein Schnupperabo

Meine Anschrift:

10 DM in Briefmarken/Scheine für das Schnupperabo habe ich beiglegt. Ich will die BUNTEN SEITEN, 30 DM zzgl. 4 DM auf Rechnung, Briefmarken/Verrechnungsscheck liegen anbei. (Zustellfirma bitte unterstreichen)

Gegen bitte ausschneiden und einreichen an:
CONTRASTE, Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg Nr. 195

Über den Tellerrand geschaut

Sommerlager der Aktion Sühnezeichen in Sankt-Petersburg

Diesen Sommer verbrachte ich mit 20 jungen Menschen aus Polen, Ukraine, Rußland und Deutschland in Sankt-Petersburg, um für zwei Wochen gemeinsam zu leben und zu arbeiten. Initiatorin dieses Sommerlagers war die Organisation *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* (ASF), die von Vertretern/Innen des protestantischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gegründet wurde und bis heute von den evangelischen Kirchen in Deutschland unterstützt wird. Ziel dieser Begegnungen ist es, sich mit Jugendlichen anderer Länder auszutauschen und mit gemeinsamer Arbeit ein Zeichen für Toleranz zu setzen.

ASF bietet dazu vielfältige Einsatzmöglichkeiten für ein Freiwilliges Soziales Jahr oder Zivildienst im In- und Ausland an. Jedes Jahr finden Sommerlager statt mit den Schwerpunkten: Arbeit in Gedenkstätten, sozialen Projekten und im Bereich interkulturelle Begegnungen. Jeder Interessierte ist zur Mitarbeit herzlich eingeladen, die Weltanschauung spielt keine Rolle.

Die Partnerorganisation vor Ort in Rußland ist *Memorial*. Sie ist in fast jeder größeren Stadt zwischen Moskau und Wladiwostok vertreten. Memorial entstand in der Zeit des Umbruchs '88/'89 und betreut Opfer des Stalinismus und Faschismus. Dazu zählt materielle Hilfe (die meisten bekommen nicht mal die Hälfte der von der russischen Regierung

festgelegten Mindestrente), Verteilen von Medikamenten, Hilfe im Haushalt und psychische Unterstützung. Allein in Sankt-Petersburg leben heute noch bis zu 10.000 Menschen, die unter der Repression Stalins zu leiden hatten. Davon sind aber nur 3000 Mitglieder von *Memorial*. Wie kommt das? Einerseits benötigen nicht alle Hilfe und außerdem spielt die Unterstützung innerhalb der Familien oder auch durch religiöse und andere Vereine eine wichtige Rolle. Andererseits haben viele Angst zuzugeben, daß sie Opfer waren. Denn es

gibt auch heute noch viele Anhänger des alten Regimes, aber auch großen Zulauf bei faschistischen Gruppierungen.

Viele haben auch Angst, daß die Anhänger des staatlichen Terrors in Ruß-

land wieder die Macht ergreifen könnten. Der Faschismus ist in Rußland ebenfalls ein großes Problem. Das wird – ähnlich wie bei uns in Deutschland - vom Großteil der Bevölkerung überhaupt nicht wahrgenommen. Ganz wichtig finde ich deshalb, daß *Memorial* seine Pforten auch für Jugendliche öffnet und sie in ihre Arbeit miteinbeziehen will. Dort können sie z.B. für Ältere einkaufen gehen oder im Haushalt helfen, sondern auch aus erster Hand gelebtes Leben erfahren oder sich in Seminaren zu entsprechenden Themen informieren und miteinander diskutieren. Das alles steckt zwar noch in den Kinderschuhen. Jedoch können sich hier junge



Leute engagieren, was in einem Land, wo die Arbeit mit Jugendlichen an letzter Stelle steht, besonders wichtig ist.

Zudem ist Memorial eine der wenigen russischen Organisationen, die eine eigene Antifa-Zeitung herausgibt. Außerdem sammeln sie in ihren Archiven viele Dokumente, Fotos... Memorial sieht sich als landesweite Bewegung, deren Hauptanliegen das Erinnern ist, damit die Zeit der furchtbaren Repressionen nicht vergessen wird.

Unsere Gruppe hatte die Aufgabe, vier Wohnungen von Opfern des stalinistischen Terrors zu renovieren. So konnten wir ihren Alltag miterleben und einiges über ihr Leben erfahren. Julia und ihre Tochter, 80 und um die 60 Jahre alt, leben in einer Einraumwohnung. Das wenige Geld reicht nur für Brot, Kartoffeln und Tee. Möbel, Kleidung und sonstiges Inventar war in einem maroden Zustand, ebenso das Bauwerk selbst.

Ich mußte in diesem Augenblick daran denken, in welchem Reichtum dagegen die Mehrzahl von uns lebt. Trotz des armseiligen, beschwerlichen Lebens freute sich Julia riesig, wenn sie für uns schwarzen Tee kochte und wir von ihren Kartoffeln aßen. Ein breites Lächeln im Gesicht vom linken bis zum rechten Ohr. Sie erzählte uns, daß ihr Mann ein deutscher Ingenieur war. Eines Tages wurde er abgeholt und sie wartete jahrelang vergeblich auf eine Nachricht von ihm. Nach dem Umbruch in der damaligen Sowjetunion erfuhr sie, daß er irgendwann zwischen '37 und '53 bei Lewaschowa, in der Umgebung von Sankt-Petersburg, ermordet wurde. Dort befindet sich ein Massengrab von unzählig vielen. Julia mußte damals mit ihrer kleinen Tochter 10 Jahre in der Verbannung leben.

Von der Regierung kam bis heute kein Wort des Bedauerns oder gar der Entschul-

digung. Wieviel unschuldig geflossenes Blut die Erde von Lewaschowa tränkt, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Nach Schätzungen der damaligen Fahrer der "Menschentransporte" belief sich die Zahl auf 19.000 Opfer. Geht man nach den Unterlagen des KGB müßten es über 40.000 gewesen sein. Sie waren Großbauern, Christen, Orthodoxe, Offiziere der alten zaristischen Armee, Polen, Deutsche (oft angebliche Spione), Ladeninhaber, Linke, die den Kommunismus anders sahen und, und, und... Gründe gab es genug für jeden. Ein Zeitzeuge berichtete uns, daß sogar in dieser Zeit für jede russische Großstadt eine Quote aufgestellt wurde, wieviel Menschen zuviel in einer Stadt lebten (die Planwirtschaft war damals berüchtigt). Die Quote lautete für Sankt Petersburg: 14.000 Menschen. 4.000 wurden sofort auf dem Gebiet von Lewaschowa erschossen, die anderen 10.000 kamen ins Lager und das Terrorregime bereicherte sich an ihrer Arbeitskraft und baute somit auf ihren schwitzenden Knochen ihren Staat aus. Grenzenloser Wahnsinn.

Zum Andenken an die Greuel stehen heute stellvertretend für die Herkunftsländer der Ermordeten Denkmäler oder Kreuze. An den Bäumen hängen Fotos, stehen Namen. Ein Baum für einen Toten.

Sankt-Petersburg hat aber auch erfreulichere Seiten zu bieten. Da reichen zwei Wochen wohl kaum aus, um alles zu sehen. Sankt-Petersburg ist eine Kulturstadt von Weltklasse – mit ihren Sehenswürdigkeiten, wie das Winterpalais (auch als Eremitage bekannt), die zahllosen schönen Zwiebelkirchen, Klöster, Museen. Ein besonderes Erlebnis war auch die Bootsfahrt auf der Newa entlang an alten schmucken Häuschen.

Der russische Kreuzer "Aurora" liegt

immer noch vor Anker, von dem aus im Herbst 1917 das Signal zum Sturm auf das Winterpalais gegeben wurde und damit die Oktoberrevolution einleitete. Auf dem Nevskij-Prospekt läßt es sich auch schön flanieren, wo sich Tausende von Menschen tummeln wie Ameisen. In der Umgebung der Stadt läßt sich ebenfalls Interessantes entdecken, z.B. die Sommerresidenz des Zaren, Peterhof, große Parkanlagen und auch die Ostsee ist nicht weit. Sonnenuntergang am Meer. Unberührte Natur gibt's am Ladogasee zu erleben, denn der ist gleich um die Ecke.

Diese zwei Wochen werden mir fest in Erinnerung bleiben.

Wer Kontakt zu ASF aufnehmen will, kann dies unter folgender Adresse tun:

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststr. 80
10117 Berlin
Tel.:030/493028395184
e-mail: sommer@asf-ev.de
oder einfach mal unter www.asf-ev.de
de gucken.

Wer Zugang zu Medikamenten (bitte keine verfallenen) hat, die für Memorial gespendet werden können, melde sich bitte bei der Redaktion!!!

Wut & Trauer zu Widerstand! Gegen Nazi-Terror und staatlichen Rassismus

Aufruf zur Demo am 10.2.2001 in Magdeburg

In der Nacht vom 7. zum 8.2.1997 wurde der Punk Frank Böttcher in Neu-Olvenstedt, einem Stadtteil der weit über Magdeburg hinaus als „National Befreite Zone“ gilt, brutal von Faschisten ermordet. Seine Mörder lauerten ihm an einer Straßenbahnhaltestelle, vor dem Krankenhaus, in dem sich Frank behandeln ließ, auf. Die Nazis traten ihm die Schädeldecke ein (mehrere Schädelbasisbrüche) und stachen, obwohl er seinen Verletzungen schon erlag, noch 7 mal mit einem Messer auf ihn ein. Frank ist nicht das einzige Opfer rassistischer Gewalt in Magdeburg. 1992 überfallen 60 Faschisten, bewaffnet mit Stahlrohren und Baseballschlägern eine Geburtstagsfeier und erschlagen den Punk Torsten Lamprecht.

Am Herrentag 1994 jagen Nazi-Hools und Faschos farbige Menschen durch die Innenstadt und verletzen viele davon schwer. Die Polizei schaut zu und verhaftet später auch die Opfer. In den Jahren 1998 und 1999 werden mehrere Wohnungen von Punks und Linken überfallen und diese zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die Zahl der Opfer wächst!

Während der kontinuierliche Abbau der radikalen Linken in Magdeburg ab 1997 erst zur Jahrtausendwende mit dem „Heranwachsen einer neuen Generation“ gestoppt werden konnte, haben die Faschisten ihre Aktivitäten massiv verstärkt. Übergriffe auf MigrantInnen, Punks, Linke, Obdachlose und alles „Undeutsche“ gehören hier zum Alltag. Doch die Nazis beschränken sich auch in Magdeburg schon lang nicht mehr auf Terror, sondern versuchen sich durch massive Öffentlichkeitsarbeit zu

etablieren.

Der Ortsverband der NPD & „freie“ Nationalisten führen regelmäßig Flugblatt und Plakataktionen, Infostände (vor allem in den Neubaugebieten), Kundgebungen & Aufmärsche in Magdeburg & Umland durch. Für die schön organisierten Nazis werden Schulungsveranstaltungen (unter anderem mit dem Nazi-Terroristen Peter Naumann) organisiert. Regionale Presse und Politik verhalten sich bisher absolut fahrlässig den erstarkenden Nazi-Gruppierungen gegenüber. Rassistische Übergriffe & Nazi-Terror werden wie fast überall in Deutschland ignoriert, heruntergespielt und als unpolitische Einzeltaten hingestellt.

Dies verwundert jedoch nicht, da dieser Staat genauso rassistisch ist. Auch in Magdeburg werden mehrmals monatlich Menschen in ihr Elend abgeschoben, wie z.B. die derzeitigen Massenabschiebungen von KosovoalbanerInnen, die laut Oberbürgermeister Willi Polte „alle samt Wirtschaftsflüchtlinge sind“.

Medienhetze gegen „Ausländerkriminalität und Asylantenschwemme“, gegen „linke Chaoten“ oder gegen Punks, Bettlerinnen und sozial schwache Menschen, die als Sozialschmarotzer hingestellt werden, fördert und erzeugt rassistisches Denken. So bereiten Staat und Medien den Boden, auf dem die Nazis ihre menschenverachtende Ideologie verbreiten.

Antirassistische Aktionstage

Im letzten Jahr hat sich die radikale Linke in Magdeburg ein Stück weit stabilisiert und gewinnt allmählich wieder an „Stärke“. Dies spiegelt sich im Entstehen neuer Gruppen, Haus- und Zeitungsprojekte wieder. Es gelingt uns teilweise, linke Inhalte und unsere Positionen öffentlich wahrnehmbar zu machen. Auch hat sich gezeigt, dass wir wieder in der Lage sind, die Faschisten in ihren Aktivitäten zu stören oder diese zu verhindern. Um weiter aus der Defensive zu kommen organisieren wir (Punks & autonome Gruppen) Anfang Februar Antirassistische Aktionstage. In Flugblatt-Aktionen soll staatlicher Rassismus am Beispiel Magdeburg thematisiert werden. Außerdem sind eine Kranzniederlegung an Franks Grab und Informationsveranstaltungen über den Mord an Frank und über Faschostrukturen im Osten geplant.

Abschluss der Aktionstage soll eine kraftvolle (!!!) Demo am 10.2.2001 nach Olvenstedt werden. Aus Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß die Faschisten versuchen werden, die Demo in Olvenstedt zu stören oder anzugreifen - wir vertrauen auf eure Antifaschistische Solidarität!!!

Demo am 10.2.2001 in Magdeburg, Treffpunkt 14.00 Uhr Bahnhofsvorplatz

Wut & Trauer zu Widerstand!

Gemeinsam gegen Nazi-Terror und staatlichen Rassismus!!!

Autonome Gruppen

Börsenfieber

Ein modernes Märchen. Von Klaus Britting

Es war um die Jahrtausendwende, als immer mehr Menschen die Aktienkurse verfolgten. Und weil sie hörten, daß man mit Aktien praktisch im Schlaf viel Geld verdienen könne, kauften sie auch Aktien. Und immer mehr Menschen hörten dies, kauften sich Computer und Börsensoftware, lasen Börsenzeitschriften und gingen ins Internet, um gleich online direkt bei ihrer Bank zu ordern. Und so stiegen die Aktienkurse unaufhaltsam.

Und meinte jemand vorsichtig, daß diese



oder jene Aktie vielleicht überteuert sei, weil der Börsenwert des Unternehmens inzwischen beim Zweihundertfachen, ja sogar beim Tausendfachen des Gewinns liege, so wurde ihm von Leuten, die sich Analysten nennen, umgehend bedeutet, daß er keine Ahnung habe. Schließlich handle es sich um Zukunftsmärkte mit ungeahnten Möglichkeiten. Und hier müsse man beim Kurs-/Gewinnverhältnis bitte schon ein bißchen weiter in die Zukunft blicken. Als schließlich die BLIND-Zeitung, die ansonsten glücklich war, wenn es ihr gelang, Microsoft von Zewasoft zu unterscheiden, immer häufiger von jungen Börsenmillionären in ihren prächtigen Villen berichtete, stürmten die kleinen Leute die Banken und baten die Angestellten händeringend, doch einen großen Teil ihrer Ersparnisse sofort in Aktien anzulegen, weil sie auch so reich werden wollten. Erfahrene Banker, die in ihrem Leben mehrere Crashes erlebt hatten, sprachen untereinander grinsend von der sogenannten Dienstmädchenhause, hüteten sich aber, dies öffentlich kundzutun. Verständlich.

Es geschah praktisch über Nacht. Der amerikanische Notenbankpräsident erlitt während einer wichtigen Rede einen Hustenanfall, weil er vorher unvorsichtigerweise drei Stück Diätzwieback gegessen hatte. Ein dabei ausgestoßenes Wortfragment wurde von niemandem verstanden, deshalb als sehr negativ für den Markt betrachtet, worauf der Dow Jones innerhalb von 90 Minuten 420 Punkte verlor. Am folgenden Tag brachen zunächst die asiatischen, dann die europäischen Börsen im Schnitt um sechs Prozent ein. Das führ-

te an der Wall Street zu einem weiteren Rückgang von acht Prozent, worauf die Asiaten mit einem Minus von neun bis zwölf Prozent konterten. Das ließ den DAX nicht ruhen, er stürzte um zehn Prozent. Der Down Jones in New York ließ sich nicht lumpen und gab weitere sechs Prozent nach, worauf der DAX am nächsten Morgen schon in der ersten Stunde sieben Prozent verlor. Und in den folgenden Wochen fielen die Kurse immer mehr.

Nun meldeten sich die Analysten zurück, wiesen auf die exorbitant gestiegenen Kurse hin und meinten, der Rückgang sei natürlich vorhersehbar gewesen, man müsse mit weiteren Verlusten in der nächsten Zeit rechnen. Die Kurs- /Gewinnverhältnisse vieler Aktien seien geradezu abenteuerlich hoch gewesen. Das hätte man nun wirklich klar sehen können. Die Hausfrauen und die jungen Zocker, die in ihrem Leben nie einen Börsencrash erlebt hatten, bekamen zittrige Hände und ver-

suchten in immer größerem Ausmaß zu retten, was zu retten war. Und die Kurse sanken und sanken, bis einige Aktien, vor allem jene, deren Besitz als besonders cool galt, bis zu 90 Prozent ihres Höchstwertes verloren hatten. Da weinten viele kleine Anleger und schworen sich, nie wieder mit Aktien zu spekulieren.

Als die Kurse ganz unten waren, stiegen die Banken wieder ein, auch mit ihren Fonds. Und die Aktien begannen zu steigen und zu steigen. Dann gaben die Analysten in großer Zahl Empfehlungen für Aktienkäufe und meinten, daß man so billig nie wieder kaufen könne. Und die Kurse gingen hoch und immer höher und die Analysten empfahlen, weiter einzusteigen. Und alle, die sich geschworen hatten, nie wieder mit Aktien zu spekulieren, kauften wieder. Und wenn sie nicht gestorben sind, werden sie es immer wieder tun.

(Aus: Junge Welt vom 15.12.2000)

Junge Mode



Ansicht von links

Diesem unscheinbaren jungen Mann behagte das uniformierte Outfit seiner überwiegend kahlgeschorenen und hohlköpfigen Kameraden vermutlich nicht mehr so recht. Deswegen verpasste er sich ein feschen kleinen Iro. Allerdings schien ihm das auch noch nicht so ganz zu gefallen, weswegen er sich am Abend des Magdeburger Konzertes „Bunt statt Braun“ heimlich auf die Pirsch machte, um Fotos

der vor der Johanniskirche zahlreich versammelten Punker-Models anzufertigen. Sicher wollte er sich neue Anregungen für Frisur und Klamotten holen...

Das erscheint uns auch dringend nötig. Zur Abschreckung dokumentieren wir hier, wie ein echter Punk eben nicht aussieht.



Ansicht von hinten.

Bunt statt Braun!

Unter diesem Motto fand am 2. Dezember in Dessau eine Demonstration gegen Nazigewalt statt. An der Veranstaltung beteiligten sich über 2000 Menschen. Sie richtete sich auch gegen eine am gleichen Tag von Nazis angemeldete Kundgebung „gegen Drogen und organisierte Kriminalität“, wofür im schlichten Weltbild der glattrasierten Hohlköpfe gemeinhin „der Ausländer“ verantwortlich gemacht wird. Ein zuvor schon ausgesprochenes Verbot der Naziveranstaltung wurde vom Magdeburger Oberverwaltungsgericht wieder aufgehoben.

Bereits einen Monat zuvor, am 4.11. demonstrierten in Dessau fast ebenso viele Menschen gegen einen - kurz zuvor abgesagten - Naziaufmarsch.

Demo gegen rechte Gewalt...

Am 11.11. fand in Burg eine Demonstration gegen rechte Gewalt statt. Unter den rund 500 TeilnehmerInnen waren auch zahlreiche Antifas aus Magdeburg, die einige am Rande der Demo provozierende Glatzen attackierten. Dabei wurde auch ein Fahrzeug ihrer grün uniformierten Beschützer beschädigt. In der „Volksstimme“ wurde darüber unter der Überschrift „Linke randalierten bei Demo gegen Rechts“ wie gewohnt ganz unparteiisch berichtet.

...und gegen staatliche Gewalt

Am 19.12. gedachten rund hundert Togolesen mit einem Marsch durch die Magdeburger Innenstadt eines Landsmannes, der in der Abschiebehaf in Salzwedel aus Angst vor der Deportation in sein Heimatland Selbstmord beging. Sie protestierten damit auch gegen die Praxis deutscher Stellen, die immer wieder Flüchtlinge aus Togo in ihr Heimatland abschieben,

obwohl in Togo seit über 30 Jahren der Diktator Eyadéma an der Macht ist, der Regimekritiker systematisch „inhaftieren, foltern und töten“ läßt - nachzulesen u.a. bei amnesty international. Dort kann man auch erfahren, daß Togolesen immer wieder „nach ihrer freiwilligen oder zwangsweisen Rückkehr nach Togo gefoltert und misshandelt“ werden. Für deutsche Behörden ist das meist jedoch kein ausreichender Grund, Flüchtlingen aus dem westafrikanischen Land Asyl zu gewähren. Beihilfe zum Mord würden JuristInnen das wohl nennen...

Solikundgebung für Alabi

Am 19.10.00 fand vor dem Innenministerium in der Halberstädter Straße eine Solidaritätskundgebung mit anschließender nächtlicher Mahnwache für den von der Abschiebung bedrohten nigerianischen Oppositionellen, Adebayo Alabi, statt.

Dem Folteropfer wurde der Asylfolgeantrag vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Halberstadt abschlägig beschieden, da sich Nigeria nach Meinung von westlicher Menschenrechts-„Experten“ seit der Regierungsübernahme durch Obasanjo im Mai 1999 auf dem Wege zur Demokratie befinde. Daß jener allerdings die - mit Sicherheit demokratisch gefällte - Weisung gab, Mitglieder des Oppositionsbündnisses OPC, dem auch Alabi angehört, zu erschiessen, trübt dieses Bild sicher nur unwesentlich. Schließlich gibt es im rohstoffreichen Nigeria höhere Interessen, die es zu berücksichtigen gilt.



Magdeburger Ortsgruppe der FAU gegründet

In Magdeburg hat sich im November letzten Jahres - nachdem schon längere Zeit ein Kontakt bestand - nun auch eine Ortsgruppe der Freien Arbeiter und Arbeiterinnen Union (FAU) gegründet. Die FAU ist eine anarchosyndikalistische Gewerkschaftsinitiative, deren Bestreben es ist, wieder unabhängige und kämpferische Gewerkschaften aufzubauen. Dabei ist das anarchistisch orientierte Gewerkschaftskonzept grundverschieden von dem der etablierten Gewerkschaften. Zum einen gibt es keine Trennung von ökonomischem und politischem Kampf, d.h. die FAU ist weder eine Arbeitsrechtsschutzversicherung mit Tarifaushandlungsoption á la DGB, noch ein „Transmissionsriemen“ irgendeiner Kaderpartei. Im Gegensatz zu letzteren setzt die FAU auf das Prinzip der direkten Demokratie und lehnt daher konsequent jegliche Stellvertreterpolitik ab. So gibt es keine hauptamtlichen Funktionäre, alle organisatorischen Funktionen rotieren regelmäßig und sind weitgehend dezentralisiert. Die FAU setzt sich aus Orts- und Branchengruppen zusammen, jedes Mitglied organisiert sich da, wo es seinen Lebensmittelpunkt bzw. die meisten Veränderungsmöglichkeiten hat, sei es der Betrieb, die Erwerbslosengruppe, das Wohngebiet oder die (Hoch-)Schule.

Ganz neu ist dieses Konzept freilich nicht. Die Hochzeit der AnarchosyndikalistenInnen war die Zeit zwischen den zwei Weltkriegen. So gab es Anfang der 20er Jahre in Deutschland um die 150.000 Mitglieder in der FAUD, einem Zusammenschluß verschiedenster syndikalistischer Verbände - und Magdeburg war eine ihrer Hochburgen. Am bekanntesten wurden der Anarchosyndikalismus durch die spanische Revolution von 1936. Diese war - vor allem in Katalonien - weitgehend durch die anarchosyndikalistische CNT mit ihren weit über 1 Mio Mitgliedern geprägt, bevor sie zwischen Stalinisten einerseits und Faschisten andererseits zerschlagen wurde.

Seit Ende der 70er Jahre sind in vielen Ländern wieder Gewerkschaftsorganisationen entstanden, die sich am anarchosyndikalistischen Konzept orientieren. Ein Großteil von ihnen ist in der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) vereint.

In Magdeburg wollen wir zunächst vor allem über verschiedenste Formen der Öffentlichkeitsarbeit bekannter werden. Zudem wollen wir mit Volksküchen, Kleidersammlungen, Schaffung von Wohnmöglichkeiten für Obdachlose ... aktive Selbsthilfe betreiben. Auch werden wir uns an internationalen Protesten, wie z.B. den Aktionstagen gegen die Politik von Weltbank und -konzernen beteiligen.

Wir haben vor, monatlich eine Veranstaltung und/oder öffentliche Mitgliederversammlung durchzuführen. Dort könnt ihr uns bei Interesse ansprechen oder ihr wendet Euch an die Kontaktadresse auf der letzten Seite.

FAU im Netz: <http://www.fau.org>

« Unser **LEBEN** ist der **MORD**
durch **ARBEIT** - wir hängen
60 Jahre lang am **STRICK** und
zappeln. Aber wir werden uns
LOSSCHNEIDEN »
[Georg Büchner, 1835]



[anar'çozyndi'ka'lismus]
ist ein Messer

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

PROBEHEFT
Direkte Aktion
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt
da@fau.org

ine - Termine - Termine - Termine - Termine - T

Rosa-Luxemburg-Konferenz 2001

„Menschenrechtsimperialismus“ und
Gegenwehr

13.1.2001 im Audimax der Humboldt-
Universität Berlin

Von 9 bis 15 Uhr Vorträge.

Podiumsdiskussion 15 Uhr - ca. 17 Uhr.

Thema: Die Linke und der Krieg - Schar-
pings willige Helfer?

Abends Konzert mit Madonnahiphop-
massaker, Parole Trixi, Jeans Team

Globalisierung und Proteste

Diskussionsveranstaltung mit Freerk
Huisken (Prof. Uni Bremen), Thomas
Ebermann (Publizist) und Maria Mies
(Prof. Uni Köln - angefragt)

13. Januar, 19 Uhr im SO 36 in Berlin-
Kreuzberg

anschließend Party mit drum'n'bass +
2step + house (Beginn 22 Uhr)

Antifa-Jugendtreffen Rel. 6.0

der VVN-BdA und VVdN-BdA

am 13. Januar in Berlin in der Ellen-
Key-Oberschule, Rüdersdorfer Straße
20-27, (S-Bahnhof Ostbahnhof)

12:00 Uhr Eröffnungsplenum, ab 13:30
Uhr Arbeitsgruppen

Luxemburg-Liebknecht-Demo

14. Januar in Berlin, Treffpunkt des
Antifablocks um 10:00 Uhr am Frank-
furter Tor

Nationalismus und Rechtsradikalis- mus in Osteuropa

am Beispiel SU/Rußland und Rumänien
- Vortrag & Diskussion

Gemeinsame Veranstaltung von AG JG,
AZ und Blaue Welt Archiv

Donnerstag, 25.01., 18.00 Uhr im Blaue

Welt Archiv, Thiemstr. 13

Wilhelm Weitling - ein kommunisti- scher Evangelist

ELSA-Seminar zum 130. Todestag des
Frühsozialisten, mit Wolfram Tschiche
Donnerstag, 25.01. im einewelthaus,
Schellingstr. 3-4, Magdeburg

„Weg mit der NPD!“

Die NPD hat für den Jahrestag der
Befreiung des Konzentrationsla-
gers Auschwitz einen Aufmarsch am
Holocaustmahnmal angemeldet. Die An-
tifaschistische Aktion Berlin [AAB] ruft
dazu auf, eine solche Verherrlichung
der NS-Verbrechen und Verhöhnung der
Opfer nicht hinzunehmen.

27. Januar 2001, Berlin

Nähere Infos unter www.antifa.de

Ökologie ohne Markt!

Seminar mit Besuch, Diskussionen und
Aktionen auf der „Grünes-Geld-Messe“
Kritische Auseinandersetzung mit
ökoneoliberalen Instrumenten, für
ökologische und selbstbestimmte Wirt-
schaftsformen jenseits von Profit und
Vermarktung.

25.-28.1. in Berlin

Info: Institut für Ökologie, Fachbereich
Wirtschaft & Politik, 06401/903283.

Neue Perspektiven für die Befreiung der Frau

Buchlesung mit Stefan Engel

Samstag, 3.2., 17.00Uhr, Magdeburg.

Genauer Ort kann unter 0391/7225249
erfragt werden.

Rechtsextremistische Strukturen in der BRD bzw. Sachsen-Anhalt

Vortrag & Diskussion

Montag, 5.2., 18.00 Uhr in der „Ulrike“,
Diesdorfer Str. 15

Kranzniederlegung am Grab von Frank Böttcher

Donnerstag, 8.2., 16.30 Uhr, Westfriedhof

Was geschah '97?

Der Mord an Frank Böttcher

Vortragsveranstaltung des AKA

Donnerstag, 8.2., 19.00 Uhr in der Feuerwache Sudenburg

Wut & Trauer zu Widerstand! Gegen Nazi-Terror und staatlichen Rassismus

Demonstration (siehe dazu den Aufruf auf S. 30/31)

Treffpunkt 14.00 Uhr Bahnhofsvorplatz

Eröffnung Blaue Welt Archiv

Offizielle Eröffnungsfeier in den neuen Räumen in der Thiemstraße 13

Freitag, 16. Februar, 18.00 Uhr

Esoterik und neue Rechte

Wochenendseminar der jdjl-sachsen-anhalt

23.-25.02.2001 in der JH Halle

Das Herz in der Hand

Lieder nach Texten von Erich Mühsam, vertont und vorgetragen von dem Magdeburger Liedermacher Gregor Hause.

Neben seinem künstlerischen Schaffen wird auch das Leben und Werk des anarchistischen Dichters vorgestellt.

Eine Veranstaltung von FAU und Blaue Welt Archiv

Freitag, 2. März, 19:30 im Blaue Welt Archiv, Thiemstr. 13

Interessenvertretung unter Anpassungszwang

ELSA-Tagung zur Zukunft der Gewerkschaften in Verbindung mit der AG Betrieb und Gewerkschaft

Themen u.a.: Veränderung der Arbeitswirklichkeit im Betrieb, Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle, Arbeiten ohne Ende, Anstieg unbezahlter Mehrarbeit unter dem Deckmantel von Flexibilisierung

Referent: Richard Detjes, Forum *Ganzeige*

VINYL CD VIDEO SHIRTS **FIRST & SECOND HAND**
MD HEIDESTRASSE 36 **MO-FR 11-19.00** **DO - 20.00** **SA 10-14.00 UHR**

werkschaften, Hamburg
Samstag, 24.02., 10:00 Uhr im Haus der
Gewerkschaften, Otto-von-Guericke-
Str.6

Geschlechterverhältnisse

Wochenendseminar der jdjl-sachsen-
anhalt
01.-03.03.2001 in der JH Dessau

Castor-Alarm

Nach letzten Informationen sollen
zwischen dem 1. und 12. März Castor-
Transporte von Neckarwestheim ins
Zwischenlager Ahaus rollen.
Also schon mal bereithalten - aktuelle
Infos gibt's z.B. unter:
<http://www.x1000malquer.de>

Landesversammlung 2001 von jdjl- sachsen-anhalt

03.03.2001 im AJZ Dessau
(Genauerer bitte erfragen)

Rosa Luxemburg und die revolutio- näre Linke

ELSA-Seminar mit Wolfram Tschiche
anlässlich ihres 130. Geburtstages
Die sozialdemokratische Revolutionärin
im Spannungsfeld zwischen Bernstein
und Lenin.

Donnerstag, 8.3., 17:30 Uhr im eine-
welthaus, Schellingstr. 3-4, Magdeburg

Das Schweigen der Dinosaurier

Wie überlebensfähig ist die Gewerk-
schaftsbewegung?
Vortrag mit Diskussion, Referent:
Richard Detjes,
Donnerstag, 15.3., 18:00 Uhr im Gale-
riecafe Schloßstraße, Dessau
Die historische Kontinuität von Rassis-
mus/Antisemitismus im Nationalsozia-

lismus und Rechtsextremismus
ELSA-Wochenendseminar in Kooperati-
on mit AIZ e.V. Dessau

U.a.: aggressiver Nationalismus, Eta-
tismus und Führerkult, Freund-Feind-
Schemata-Denken, Gewalt als Mittel
von Politik...

Referent: Wolfram Tschiche
Sa/So 17./18.03. in Dessau

Die europäische Sozialcharta

Information zu Ursachen, Zielen und
Ansprüchen der Charta im Zeitalter von
Globalisierung und veränderter Arbeits-
wirklichkeit

Vortrag mit Diskussion mit Uwe Hixsch
Donnerstag, 22.3., 17:30 Uhr im Haus
der Gewerkschaft, Otto-von-Guericke-
Str.6, Magdeburg

Vergangenheit, die nicht vergeht - Gesichtspolitik der BRD in den 90er Jahren

Zum öffentlichen Umgang mit der
Wehrmachtsausstellung
Vortrag und Diskussion mit Dr. Ulrich
Schneider, Kassel
Samstag, 24.3., 9:30 Uhr im einewelt-
haus, Schellingstr. 3-4, Magdeburg

Anmerkung

Wir möchten Euch an dieser Stelle
wieder aufrufen, uns rechtzeitig Eure
Termine zukommen zu lassen - Kon-
taktadressen findet Ihr auf der letz-
ten Umschlagseite. Am günstigsten
für uns ist natürlich eine Zusendung
per Mail, damit sparen wir uns das
mühselige Abtippen.
Redaktionsschluß für die nächste
Ausgabe ist der 15.März 2001.

Kontaktadressen:

AG Junge GenossInnen

Gerhart-Hauptmann-Str. 18
39108 Magdeburg
Tel.: 0391/7333251 oder 0391/7317056
Fax: 0391/7346152
Email: djannack@crosswinds.net

Arbeitskreis Antifaschismus MD (AKA)

<http://www.crosswinds.net/~akamagdeburg>
bzw. www.antifa-md.de
Email: akamagdeburg@crosswinds.net
Postfach 0834, 39104 Magdeburg

Autonomer Zusammenschluß MD

MAGMA, PF1751, 39007 MD
Email: azmagdeburg@hotmail.com

Blau Welt Archiv

Thiemstraße 13, 39104 MD
Email: Blau-Welt-Archiv@web.de
Web: blau-welt-archiv.exit.de
Treffen jeden Mittwoch um 19.30 Uhr im
Archiv in der Thiemstraße 13 (Buckau)

Die Gruppe MD

Postfach 1943
39009 Magdeburg
Email: die_gruppe_md@gmx.de
<http://www.die-gruppe-md.de>



ELSA (Bildungsverein Elbe-Saale)

Landesgeschäftsstelle
Ebendorfer Straße 3
Telefon und Fax: 0391/7324980
39108 Magdeburg
Email: [bildungsbildungsverein.elbe-saale@t-online.de](mailto:bildungsverein.elbe-saale@t-online.de)

Kneipe in der „Ulrike“

dienstags Videoabend, donnerstags Kneipenabend jeweils ab 17:30 Uhr,
Diesdorfer Str. 15 (Hinterhaus)

Freie ArbeiterInnen Union MD

(Anarchistische Gewerkschaftsinitiative)
c/o MAGMA,
Postfach 1751,
39007 MD
Email: fauumd@fau.org



Harte Zeiten

Offene Jugendzeitung
für Sachsen-Anhalt
Postfach 1106
39328 Hermsdorf
Tel.: 0177 / 2434264
Fax: 039206 / 51004
Email: HarteZeiten@gmx.de
<http://www.atglobal.net/hartezeiten/>



jungdemokratInnen - junge linke Sachsen-Anhalt

<http://www.jungdemokratinnen.de/lisa>
c/o IVVdN, Ebendorfer Str. 3, 39108 MD
0177/6378066 (Stefan)
Email: lisa@jungdemokratinnen.de
Büroöffnungszeiten jeden Dienstag ab 17.00 Uhr
in der Ebendorfer Str.3
Der Rundbrief „Verhältnisse“ kann über o.g.
Adresse kostenlos bezogen werden.

Rechtsausschuß Magdeburg

Email: RechtsausschussMD@gmx.net
<http://www.rechtsausschuss-md.2xs.net/>

Rote Hilfe MD

Email: magdeburg@rote-hilfe.de
<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/rote-hilfe/magdeburg/>



Wabe e.V. (Wohnprojekthaus)

Thiemstraße 13
39104 Magdeburg
Wabe e.V. hat auch ein eigenes Café mit dem
schönen Namen „ThiemBuktu“
Öffnungszeiten:
Mittwoch und Sonntag ab 18.00 Uhr

Den Störenfried erreicht ihr über folgende
Kontaktadresse:

Der Störenfried
Postfach 1943
39009 Magdeburg

eMail: der-stoerenfried@gmx.net
Web: <http://der-stoerenfried.exit.de>